

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Mit Blindheit geschlagen ...

... was die Blindenbildung in der DDR betraf. Lehrer Wolf war das einen Nachtrag wert **Seite 3**

■ Darf die Stange ran?

Selbst ihre SPD-Genossen jammern, die designierte Wissenschaftsministerin sei zu links und nicht koalitionsstauglich **Seite 7**

■ Palästinenser in Armut

Eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen der neueren Geschichte **Seiten 8/9**

■ Ach, wär es nur ein Hase-Igel-Spiel

Deutsche Soldaten im Kongo. Aber die Bundesregierung war schon vorher da **Seite 9**

14

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
14. Juli

www.
leipzig-
neue.de

Obszöne Militär-Party



Am 6. und 7. Juli fanden in Leipzig „Air Cargo Days“ (Luftfrachttag) statt. Aus gegebenem Anlass erhoben am Vorabend Leipziger Politiker der Linkspartei scharfen Protest an die Adresse von Ministerpräsident Milbradt und der Veranstalter:

„... Sie repräsentieren Bank- und Logistikunternehmen ebenso wie hohe politische Institutionen der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Veranstaltung steht unter dem Motto ‚Am Boom partizipieren‘ und soll ‚interessante Geschäfts- und Gewinnmöglichkeiten‘ in Leipzig eröffnen. Dass es bei diesen Geschäften auch um Waffen, Gewalt und Kriege geht, verhehlen Sie nicht. Sponsor Ihrer Veranstaltung ist die RUSLAN Salis GmbH, die auf dem Flughafen Leipzig/Halle mehrere Großraummaschinen bereithält – für den

Transport von Panzern, Raketen und Kampfhubschraubern nach Afghanistan oder in den Kongo. An die Truppen in internationalen Kriegsgebieten liefert auch der zweite Sponsor Ihrer Veranstaltung: die Post-Tochter DHL mit Frachtmaschinen ab Leipzig.

Als Abendveranstaltung am 6. Juli kündigen Sie eine ‚Sky-Night‘ an, die im Laderaum eines Großwaffentransporters stattfinden wird (‚After Work Party in einer Antonov‘). Dort wollen Sie einen ‚Vodka-Kaviar-Empfang‘ abhalten. Dass Sie Ihr Luxusessen im Ambiente von Krieg und Vernichtung verzehren, verdeutlicht die Hintergründe des ‚Booms‘, an dem Sie mit steigenden Gewinnen ‚partizipieren‘ möchten.

Objekt dieser Geschäfte ist der Flughafen Leipzig/Halle. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass die Flug- und Frachtlogistik der von Ihnen

benutzten Anlagen von den Steuerzahlern des Freistaates Sachsen und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt mit bisher fast einer Milliarde Euro finanziert worden ist. Die Bevölkerung hat sich mit dieser enormen Investition einen Schwerpunkt ziviler Wirtschaftstätigkeit erhofft, aber keinen Militärboom. Ihre ‚After Work Party‘ spricht diesen Erwartungen Hohn und kann daher nur als obszön bezeichnet werden.

Zugleich weisen wir Sie darauf hin, dass die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle nach Ansicht zahlreicher Völkerrechtler bestehenden internationalen Verträgen, insbesondere dem 2-plus-4-Vertrag, widerspricht. ... Die Verantwortlichen, die solche Konsequenzen bewusst in Kauf nehmen und dabei Dritte anstiften, warnen wir vor internationalen Verwicklungen und den im Völkerrecht möglichen Strafmaßnahmen.“

Es entwickelt sich ... das Flugwesen!

Schon der berühmte russisch-sowjetische Erzähler Michail Soschtschenko beschrieb das vor Jahrzehnten. Dieser Mann überlebte den ersten und den zweiten Weltkrieg, und er hatte im Laufe seines wahrlich widersprüchlichen Lebens einen Nerv dafür entwickelt, wann eine Sache politisch in die Irre führt. Seine wunderbar pointierte Geschichte von der „Kuh im Propeller“ über eine misslungene Agitation des Wächters der Fliegerschule vor angeblich ungebildeten Bauern amüsierte auch hierzulande Millionen. Die Bauern lächelten bei Soschtschenko „sehr finster“, als sie noch Geld spenden sollten, für Gerätschaften, die auch ihre Tiere „ritsch-ratsch“ töten. Das konnten und wollten sie nicht begreifen.

Es entwickelt sich ... das Flugwesen!

Heute lädt man nicht mehr, wie bei Soschtschenko zum Treff hinter den Feuerweherschuppen, sondern man bittet zur Afterworkparty in den Frachtraum des Großfluggerätes AN 124-100. Standort: Flughafen Leipzig/Halle. In aller Bescheidenheit gehört auch die Wolga-Dnepr-Gruppe zu diesen Partylöwen. Pünktlich zu ihrem 15. Geburtstag meldete sie einen Anstieg des Bruttoumsatzes im Jahr 2005 von 54 Prozent. Das sind über 480 Mio. US-Dollar. Die Gruppe ist stolz auf ihren so genannten „Fracht-Supermarkt“ AN 124. Sie verspricht ihren potentiellen Kunden mit dessen Hilfe „allen Anforderungen“ gerecht zu werden

Es entwickelt sich ... das Flugwesen!

Rund um den Flughafen Leipzig / Halle dahingehend, dass Bürger nicht nur „finster lächeln“, sondern vor aller Augen und Ohren protestieren:

- gegen die Umwidmung des Flughafens zur Militärdrehscheibe mit zivilem Nebenbetrieb;
- gegen die Stationierung mehrerer Maschinen des größten europäischen Militärtransporters AN 124-100;
- gegen die Pervertierung des Werbespruchs vom „Interkontinentalflughafen“;
- gegen die Verletzung des Zwei-plus-Vier-Vertrages.

Es entwickelt sich ... das Flugwesen!

Sekt mit Häppchen und Kaviar kannte Michail Soschtschenkos Wächter der Fliegerschule nicht. Aber er und die Bäuerlein begriffen und ahnten damals die Zweischneidigkeit der Propeller. Im Leipziger Raum entwickelt sich eine kreuzgefährliche Kriegsmelange. Dazu werden auch die Antonovs ihren Anteil beitragen – „auf Kundenwunsch“ versteht sich.

Daruf k e i n e n Wodka!

• M. Z.

Auf ein Wort bitte



EGGON KRENZ

... schreibt zusammen mit anderen Linken in dieser LN-Rubrik

Im Oktober 1987 hatten Skinheads auf Teilnehmer eines Rockkonzerts in der Berliner Zionskirche eingeschlagen, faschistische und rassistische Parolen gebrüllt und das „Horst-Wessel-Lied“ gesungen. Ihre Anführer entkamen nach Westberlin, wo Medien den brutalen Überfall als „Protestaktion gegen die DDR“ umfunktionierten. Die in der DDR verbliebenen Täter wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Sie wurden zunächst bagatellisierend nur wegen „Rowdytums“ zu einer milden Gefängnisstrafe verurteilt. Der Staatsrat der DDR kritisierte dies als Verharmlosung neonazistischer Ausschreitungen, was mit dem antifaschistischen Charakter der DDR unvereinbar sei. Er beauftragte den Generalstaatsanwalt der DDR, Protest gegen das Urteil einzulegen. Dazu setzte sich dieser auch mit dem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht in Berlin (West) in Verbindung und bat um Rechtshilfe, um auch die dortigen Rädelsführer zur Rechenschaft zu ziehen.

Eine Antwort kam damals nicht. Sie traf erst 1994 ein! Jetzt von einer inzwischen gebildeten „Sonderstaatsanwaltschaft“, die das Vorgehen der DDR gegen Neonazismus und Rassismus unter „DDR-Regierungskriminalität“ verbuchte. Ermittelt wurde nun nicht etwa gegen die Drahtzieher neonazistischer Gewalt, sondern gegen den Generalstaatsanwalt der DDR, den Stellvertreter des Justizministers und mich wegen „Anstiftung zur Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung“.

An diese Verdrehung von Tatsachen musste ich denken, als Matthias Platzeck in einer sonntagabendlichen Talksendung meinte, Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland

Berufsausbildung. Politisch Verfolgte aus Südafrika erlebten hier die praktische Solidarität der DDR-Bürger. Es gab zudem eine „Schule der Solidarität“ für Kinder aus Namibia, ein Herder-Institut in Leipzig, wo Zehntausende ausländische Studenten Deutsch lernten, um anschließend gemeinsam mit ihren Kommilitonen aus der DDR zu studieren. In den Sommermonaten waren internationale Studentenbrigaden und „Freundschaftszüge“ zu Gast bei Freunden.

Ein deutsch-polnisches und ein deutsch-tschechoslowakisches Jugendwerk inspirierten massenhafte Begegnungen junger Menschen. Allein 300 000 junge DDR-Bürger bzw. Polen machten auf diese Weise jährlich im Nachbarland ihre Ferien. Kinder aus über 50 Ländern

Ungeeignet zur Abrechnung mit der DDR

hätte auch eine Ursache in der DDR-Geschichte, weil der Umgang mit anderen Kulturen „nicht geübt worden ist“. Wenn Politiker mit Westherkunft so etwas sagen, mag es sich ja noch um Ignoranz handeln. Herr Platzeck aber sollte die DDR-Realität nicht umdeuten: Schon 1949 kamen nach dem dortigen Bürgerkrieg Tausende Emigranten aus Griechenland in die DDR. Manche fanden hier bis 1989 ihre Heimat. In der DDR wurden Opfer des Koreakrieges geheilt. Ihr Zuhause fanden hier auch Chilenen, die der Diktatur entkommen waren, unter ihnen die heutige Präsidentin des Landes. Hier erhielten junge Leute aus Vietnam, Kuba, Angola, Mocambique, aus dem Jemen, aus Palästina, aus dem Kongo, aus Laos, Kampuchea und aus vielen anderen Ländern eine solide

kamen in die Sommerlager der Pionierorganisation. Oft waren sie Gast in den Elternhäusern ihrer Altersgefährten. Zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1973 hatten junge DDR-Bürger Gelegenheit, sich mit über 25 000 jungen Leuten aus über 100 Ländern zu treffen. Auch wenn man das heute als „verordnet“ denunziert, Fakt bleibt, dass Freundschaft und Solidarität mit anderen Völkern zu den Idealen gehörten, die in der DDR ganz oben standen. Das Thema Rechtsextremismus ist viel zu ernst, um es für eine Abrechnung mit der DDR zu missbrauchen. Besser wäre, endlich damit aufzuhören, die irre Gleichsetzung von „zwei deutschen Diktaturen“ zu propagieren, was die Nazidiktatur verharmlost und neonazistisches Gedankengut begünstigt.

Aufruf der Interventionistischen Linken zur Demo gegen Bush

Merkel und Bush die Show vermiesen!

Am 13. Juli (nach Redaktionschluss) kommt Georg W. Bush für eine kurze Stippvisite nach Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern. Vom 15. Juli bis zum 17. Juli findet dann in St. Petersburg der G8-Gipfel 2006 statt, mit Angela Merkel und Bush. Die Friedensbewegung ruft für Stralsund zu einer Großdemonstration gegen die Kriegspolitik der USA und gegen die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Militäreinsätzen auf. Im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Russland finden als „Global Action Day“ dezentral überall auf der Welt Aktionen und Demonstrationen statt, bei denen gegen die Politik der G8 und den globalisierten Kapitalismus protestiert werden wird.

Warum sagte Tiefensee ab?

LN. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sagte ein Treffen mit den Organisatoren der Ausstellung über die 11 000 jüdischen Kinder, die zwischen 1942 und 1944 auf dem deutschen Schienennetz in die Vernichtungslager deportiert worden, kurzfristig ab. Der Bahn-Vorstandsvorsitzende Dr. Hartmut Mehdorn lehnt es seit zwei Jahren aus fadenscheinigen Gründen ab, die auf 18 französischen Bahnhöfen präsentierte Gedenkausstellung aus auf deutschen Bahnhöfen zuzulassen. Im März hatte sich endlich Tiefensee eingeschaltet und Mehdorn zum Einlenken aufgefordert. Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, erklärte, prüfen zu wollen, ob Tiefensees Absage wirklich an terminlichen Schwierigkeiten lag oder ob er Mehdorns Druck nicht standgehalten hat. Sollte Letzteres zutreffen, habe die Sache ein umfassenderes parlamentarisches Nachspiel.

So viel Papier, so viel linke Erklärungen, Aufrufe, Entwürfe Wer aber mobilisiert die Massen?

Nun, da sich die Rauchschwaden der Fußballbegeisterung zu lichten beginnen, tritt krass zutage, was der Bundestag in seiner selbstherrlichen Unübertraffenheit ausschwitze. Die Medien kommen mit dem Aufzählen der sozialen Unverschämtheiten und der ökonomischen Dummheiten gar nicht mehr nach. Selbst einem linken Blatt bleibt derzeit nicht viel mehr als nur noch entsetzt zu registrieren, was von den „Volksvertretern“ in Gesetzesform gegossen wurde. Wo aber bleibt der Aufschrei der Millionen für dumme Verkäufte, wo bleibt der Generalstreik – also der konzertierte Protest? Erstickt im neuen Patriotismus? Unsereins kennt noch seinen Lenin: Wenn es keine politische, keine organisierende Kraft gibt, die Aktionen koordiniert, Forderungen bündelt, Kampfprogramme entwirft, dann läuft spontaner Aufruhr ins Leere. Wenn dann gar noch – wie nach den anfänglich gewaltigen Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV – selbst ein DGB warnt, da würden linke Kräfte ihr eigenes Stippchen kochen, wenn sich Linke störrisch uneins sind und die Demos in zwei Häufchen spalten, dann werden Hoffnungen erstickt, wird die Chance für wirkungsvolle Massenproteste immer geringer. Apropos Generalstreik. Es gibt seit Anfang Juni ein brisantes Diskussionspapier „Für eine antikapitalistische Linke“. Zu seinen zahlreichen Unterzeichnern gehören nicht nur Sahara Wagenknecht oder die linke Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Die Rede ist da unter anderem von der zu unterstützenden gewerkschaftlichen Forderung auf das Recht zum Generalstreik. Überhaupt geben Sätze wie **Dieses Land braucht weder eine gesplattene noch eine angepasste, sondern eine starke antikapitalistische Linke!** eine klare marxistische Richtung an.

Noch jünger ist der sprachlich mitunter nebulöse „Aufruf aus der PDS zur neuen Linkspartei“ mit wieder anderen Unterzeichnern. Einer der Sätze, die ich mit drei Fragezeichen versah: **Das Versagen der „Reformpolitik“ erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Umbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat. Deshalb wollen wir uns nicht zuerst auf die Verwaltung der Missstände und die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen konzentrieren, sondern alles dafür tun, die kreativen, innovativen Kräfte in der Gesellschaft freizusetzen und im Sinne der breiten Bevölkerung nutzbar zu machen.** – Spricht da die Mitregierungspartei? Die erstgenannte Erklärung ist deutlich: **... gesellschaftliche Gegenwehr gegen die neoliberalen Diktate der Konzerne zu ermutigen, sollte unser primäres Bemühen sein. Dazu gehört für uns auch, die Argumente des Sachzwangs als Instrumente der kulturellen Herrschaft des Neoliberalismus zu entlarven. Für Regierungen auf Landesebene, deren Politik diesem Anspruch entgegensteht, muss gelten: Fortsetzung folgt nicht!** Klare oder unklare Sprache hin und her. Papier ist geduldig und wahrlich genug beschrieben. Wer kann die Erklärungen und Entwürfe und Manifeste noch auseinanderhalten? Gewiss ist nur eins: Konkreter linker Protest findet kaum statt. Wo sind die Persönlichkeiten, die Massen mobilisieren können? Lafontaine ist derzeit noch am überzeugendsten. Wäre da nicht der lähmende Zwist zwischen seinen beiden Parteien. Vor allem aber, wo ist die außerparlamentarische Opposition, die die linke Bundestagsfraktion um sich herum formieren will, um ihrer Arbeit das nötige Gewicht zugeben?

• WART

LESER MEINEN Beste Hymne

Mit der Fußball-WM und der damit einhergehenden patriotischen und nationalistischen Euphorie (die offensichtlich für einige Politiker zum rechten Zeitpunkt entfacht wird!) ist der Streit um die BRD-Hymne wieder einmal neu entflammt.

Ich gehöre zu der Generation, die das Deutschlandlied noch vor 1945 zu allen möglichen und unmöglichen Anlässen anstimmen musste. Bereits damals konnte ich mich mit dem etwas abgehobenen und teilweise überheblichen Text nicht recht anfreunden. Deshalb empfand ich es als angemessen, dass sich die DDR eine Hymne zulegte, die mit ihrer humanistischen Aussage dem Lebensgefühl der Menschen nach der faschistischen Barbarei voll entsprach.

Was gibt es eigentlich gegen den Text:

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt / lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland“ einzuwenden?

Diese Hymne hätte, neben vielen anderen guten Dingen aus der DDR, in das vereinigte Deutschland eingebracht werden können.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Nachdem die ewig Gestrigen des Paulinervereins mit ihrem anachronistischen Ansinnen, die Universitätskirche wieder aufzubauen, gescheitert sind, versuchen sie jetzt – fleißig unterstützt von der LVZ – die Kirche durch die Hintertür auferstehen zu lassen. „Sein (des Paulinervereins) Vorschlag: Gellerts Gebeine sollten in der neuen Universitätskirche St. Pauli ihr letzte Ruhestätte finden.“ (LVZ, 5. Juli)

Gebaut wird bekanntlich eine Aula, die auch für kirchliche Feierlichkeiten genutzt werden kann, aber keine „Universitätskirche“. Das wissen auch die „Pauliner“ und die LVZ.

Durch die Hintertür ...

Dass sie ungeachtet dessen wahrheitswidrig anderes verbreiten, ist nicht Dummheit geschuldet, sondern zielgerichtete Absicht: Kriegen wir die Kirche nicht, dann zumindest für den neuen Bau den alten Namen und somit doch noch ...

*

„Der niedersächsische Medienkonzern Madsack hat sich im Geschäftsjahr 2005 trotz eines schwierigen konjunkturellen Umfeldes und eines bundesweit rückläufigen Zeitungsmarktes gut behautet. Der Umsatz der Gruppe ist

zwar nur leicht um 500 000 Euro auf 469 Millionen Euro gestiegen. Der Überschuss legte aber von 46 auf 54,2 Millionen Euro zu. „Wir haben ein sehr ordentliches Ergebnis erreicht“, sagte Konzernchef Herbert Flecken ...“ (LVZ, 5. Juli)

Drei Tage später: „In eigener Sache. Liebe Leserinnen, liebe Leser, die allgemeinen Kostensteigerungen machen es leider erforderlich, den Bezugspreis unserer Zeitung zu erhöhen.“ (LVZ, 8./9. Juli) Die LVZ gehört zum Madsack-Konzern. • ARGUS

War der DDR-Maßstab wirklich nur „das Nötigste“?

100 Jahre Blindenbildung in Sachsen / Gefeiert wurde ohne DDR-„Altlasten“

Ich hätte mir gewünscht, dass man in den Jubiläumsschriften zur Blindenbildung in Sachsen etwas ausführlicher über die zurückliegende Arbeit geschrieben hätte, genauso wie über die Arbeit in der Gegenwart. Schließlich baut doch das eine auf dem anderen auf, die Gegenwart auf der Vergangenheit, und die Kollegen von heute konnten einiges übernehmen, was ihre Vorgänger in den vergangenen Jahren unter nicht immer leichten Bedingungen geschaffen haben.

HANS-RAINER WOLF

In der DDR

möglich. Auch wenn die materiellen Bedingungen und Voraussetzungen in dieser Zeit offiziell als gut bezeichnet wurden, war der Maßstab nicht das technisch Mögliche und Erforderliche wie z. B. in den Blindenschulen der BRD, sondern leider nur das Nötigste – das, was volkswirtschaftlich in der DDR machbar war. Welche Blindenhilfsmittel und speziellen elektronischen Geräte für Blinde und Sehbehinderte einsetzbar sind, das wurde im gesamten Ausmaß erst nach der Wende deutlich.

S. Nachtrag

Faksimile aus der Zeitschrift „Augenblicke“ anlässlich 100 Jahre Blindenbildung in Deutschland. H. R. Wolf forderte dies zu nebenstehendem Nachtrag heraus.

Was aus einigen der ehemaligen Schüler von Hans-Rainer Wolf geworden ist, und wie Blinde in der heutigen realkapitalistischen deutschen Gesellschaft existieren dürfen, enthüllt
LEIPZIGS NEUE
demnächst.

Beides wird gebraucht:

Rechts: Herkömmliche mechanische Punktstift-Reiseschreibmaschine

Unten: PC-Tastatur mit papierloser elektronischer Kontroll-Braille-Zeile



Für diese Seite zeichnet verantwortlich: Reinhard Liebich
www.liebichs.de/blinde

„Glaubt ihr denn, wir ehemaligen Mitarbeiter haben eine Einladung bekommen?“

Hans-Rainer Wolfs einstige Schützlinge, die eigentlich mit ihm gemeinsam ihren Fünfzigsten feiern wollen, können die Ignoranz der Organisatoren im jetzigen Chemnitzer Reha-Zentrum kaum fassen. Auch später, als Erinnerungsstücke die Runde machen, gemeinsam mit der ehemaligen Klassenleiterin Johanna Baumann zur Gitarre gesungen wird, nachdem Herr Wolf und sein ehemaliger Kollege Eberhard Hofmann die an sich heitere Episode von Heidi und Lehrer Wolfs „Punktstiftpullover“ in Erinnerung gerufen haben, ist den Senioren die Enttäuschung immer noch anzuhören. Familienkrach schlägt aufs Gemüt. Viel lieber hätten die Lehrer voll Stolz berichtet, was inzwischen aus „ihrer“ Schule geworden ist. Aber stolz sein auf den jetzigen Reha-Betrieb ihrer einstigen Wirkungsstätte – nein, das können sie nicht. Der heutige Umgang mit den Behinderten widerspricht ihrer Vorstellung von echter Lebenshilfe, von gesellschaftlich organisierter alltäglicher Nächstenliebe. Später zeigt Herr Wolf die Jubiläumsschrift und eine Jubiläumsausgabe der Zeitschrift „Augenblicke“, die er mit der Akribie des Archivars studiert und mit einer persönlichen Anmerkung versehen hat – einem Beispiel deutsch-deutscher Uneinigkeit:

... Einige der 100 Jahre kann man doch nicht einfach „ausfallen“ lassen oder nur so ganz nebenbei mal erwähnen, auch wenn sie einem vielleicht nicht so richtig passen. Das betrifft die Zeit von 1905 bis 1945 genauso wie den Abschnitt von 1945 bis zur Wende im Jahre 1990. Da ich in der Zeit von 1960 bis 1985 an dieser Blindenschule gearbeitet habe, erlaube ich mir, hier einige Ergänzungen zum Blindenschulwesen der DDR einzufügen.

Heute, nachdem wir nun auch die Blindenbildung des Westens kennengelernt haben, kann ich mit Überzeugung sagen, dass die Blindenbildung in der DDR zu den vorbildlichsten der ganzen Welt gehörte, wenn sie nicht gar die vorbildlichste überhaupt war. Ich kenne keinen Staat, der mehr für seine blinden Schüler getan hat! So war es ein Riesenvorteil, dass in den beiden Blindenschulen der DDR – Königs Wusterhausen und Karl-Marx-Stadt (Heute Chemnitz) – ausschließlich blinde Schüler unterrichtet wurden, keine sehbehinderten. Denn diese besuchten die fünf Sehbehindertenschulen der DDR. Das bedeutete, dass an diesen beiden Blindenschulen auch wirklich blindengemäß unterrichtet wurde, ohne Tafel und Kreide, dafür mit Hilfe der Blindenschrift. An der Humboldt-Universität Berlin ausgebildete Lehrer waren dazu vorbereitet und in die Lage versetzt worden. In der Internatgemeinschaft fühlten sich unsere Schüler sehr wohl im Kreise ihrer blinden Freunde, ihrer Erzieher und Lehrer. Für alle „Dienstleistungen“, die sie in Anspruch nehmen konnten, zahlten die Eltern ganze 43 Mark im Monat. Im Notfall konnte der Preis auch halbiert oder ganz erlassen werden. Und in diesem Preis war tatsächlich alles enthalten, was der Schüler im Schulbetrieb benötigte: Unterbringung und Vollverpflegung, Betreuung im Internat, alle Unterrichtsmittel, also Lehrbücher, Punktstiftmaschinen (eine davon für zu Hause), und natürlich gehörte auch die gesundheitliche Betreuung dazu. Wir hatten einen eigenen Schularzt, ein eigenes Krankenhaus und eine eigene Augenabteilung im Gelände. Die staatliche Sozialversicherungskasse stellte unserer Schule jedes Jahr etwa 35 kostenfreie Kinderkurplätze in einem der zahlreichen Kinderkurheime der DDR an der Ostsee zur Verfügung, was wir auch Jahr für Jahr jeweils vier Wochen lang nutzen konnten.

Vorbildlich war auch die außerunterrichtliche Betreuung an den Nachmittagen. So existierten die Arbeitsgemeinschaften Rezitation und Literatur, Gesang, Flötenspiel, Chor, Schach und Sportgruppen, um nur einige zu nennen. Diese Interessengemeinschaften erarbeiteten sich Ansehen weit über unsere Landesgrenzen hinaus. So wurde unser Schüler Klaus Peter Wünsche zweimal mit dem Titel Blinden-Fernschachweltmeister geehrt. Auch unsere Sportgruppen, vor allem im Schwimmen, kamen unter Leitung unseres Kollegen Peter Lamschick zu hohem Ansehen. DDR-Meistertitel und viele internationale Auszeichnungen und Pokale heimsten die Sport-

gruppen unserer Schule ein. Unser Chor, das Gesangsterzett und das Flötenquartett waren selbst im Rundfunk und im Fernsehen keine Unbekannten.

Ein Wort noch zur hilfreichen Zusammenarbeit zwischen den damaligen Erziehungsträgern. Das waren neben Eltern, Lehrern und Erziehern im Internat noch die Patenbrigaden aus den volkseigenen Betrieben. Die Eltern jedenfalls waren sehr dankbar, dass sie ihre behinderten Kinder in ihrer Schule so gut aufgehoben wussten. Und die Mitarbeiter der Männer und Frauen unserer Patenbrigaden war nicht hoch genug einzuschätzen. Sie kamen zu besonderen Anlässen in die Schule, luden „ihre Kinder“ in den Betrieb ein, beteiligten sich an Wanderungen und Exkursionen und halfen leistungsschwachen Schülern. Ein Schulleben ohne „Patenmänner“ und „Patenfrauen“ war überhaupt nicht denkbar.

Dass alle unsere Schüler einen garantierten Arbeitsplatz hatten, stand außer Frage. Behinderte Schüler bekamen ihre „Berufsfindungskarte“ immer vier Wochen eher, damit sie vor den anderen Schülern in den volkseigenen Betrieben vorstellig werden konnten.

Dieser Nachteilsausgleich war politisch gewollt! So hatte ich in meinen 25 Dienstjahren an der Blindenschule Karl-Marx-Stadt nur einen einzigen Schüler, der nicht vermittelt werden

konnte: einen blinden „Ohnhänder“, der als 12-Jähriger beim Spielen mit einer gefundenen Granate sowohl das Augenlicht als auch seine beiden Hände verloren hatte. Obwohl alle möglichen Apparate entwickelt wurden, der Staat viel Geld investierte, war er doch nicht in der Lage, das Tasten der Punktstift zu erlernen. Ein Blinder ohne Hände ist eben von vornherein zum „Zusehen“ verurteilt.

Wenn von der Blindenschule Karl-Marx-Stadt gesprochen wird, dann muss man unbedingt auch den langjährigen Direktor dieser Einrichtung erwähnen, Oberstudienrat Ernst Löser. Er lenkte die Geschicke dieser weit über die Grenzen der DDR hinaus bekannten Einrichtung von 1959 bis 1981, also 22 Jahre. Damit hatte er einen großen Anteil an der vorbildlichen Entwicklung unserer Schule. Es gäbe noch vieles mehr zu erzählen über diese wunderbare und humane Einrichtung, der ich 25 Jahre angehören durfte, worauf ich auch heute noch sehr stolz bin.

• HANS-RAINER WOLF



„Ach, so sieht also ein Reh aus“. Auch Martina (vorn) und ihre Leipziger Freundin Marion (3. v. r.) erinnern sich noch heute gern an gemeinsame Erlebnisse in der Karl-Marx-Städter Blindenschule. Links außen ihr Lehrer Hans-Rainer Wolf. Foto aus dem Jahr 1964.





Foto: Fiebelkorn



Foto: Märker

Stolpern über die Erinnerung

Das Bronzerelief – 14 Meter breit und sieben Meter hoch – wird in den nächsten Wochen und Monaten zum Gradmesser der Stadt und der Universität im Umgang mit der jüngeren Geschichte. 35 Jahre prägte der AUFBRUCH das Leipziger Stadtbild. Im August erfolgt die Demontage. Wie umgehen mit dieser wichtigen bildkünstlerischen Hinterlassenschaft? Bilderstürmerei oder Vierteilung – wie mancherorts gewünscht – verbietet sich. Geht es doch hier auch darum, für kommende und jetzige Generationen einen geschichtlichen Abschnitt jenseits nos-talgischer Verklärung kritisch reflektieren zu können. Unverzichtbar ist eine dauerhafte und exponierte Integration der Arbeit von Schwabe/Ruddigkeit/Kuhrt im Stadtbild. Um die dabei entstehenden Probleme und Kontroversen in angemessener, kulturvoller Form lösen zu können, wäre ein

begrenzter Künstler- und Architektenwettbewerb wohl die geeignete Form. Er sollte die drei Schöpfer unbedingt mit einbeziehen. Das erfordert für die kommende Zeit eine sichere und sachgemäße Lagerung, die Vandalismus und Vergessen ausschließt. Aus dem Relief wird ein zeitgeschichtliches Denkmal, ähnlich dem berühmten „Nischel“ in Chemnitz. Oder sollte einen der bedeutendsten Philosophen und Theoretiker in Leipzig der Bannstrahl treffen? Die Nazis haben seine Werke verbrannt. Leipzig verbannt ihn ja nur ... Je mehr Denkmäler eine Stadt hat, desto interessanter bleibt sie. Desto öfter veranlassen sie innezuhalten, zu betrachten und nachzudenken. Ein Marx-Standort in der Nähe der Uni sollte von Stadt, Oberbürgermeister und Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst geprüft und entschieden werden.

Elf Messingplatten – elf Schicksale früherer Leipziger. Seit einigen Wochen erinnern sogenannte „Stolpersteine“ an Bewohner, die vom Nazi-Regime verfolgt, deportiert und umgebracht wurden. Neun dieser in den Gehweg befestigten Spuren kann man jetzt vor der Alexanderstraße 46, der Dresdner Straße 9 oder wie im abgebildeten Fall vor der Wettiner Straße 9 entdecken. Die Steine verlegte der Kölner Bildhauer Gunter Demnig, der ähnliche Projekte bereits in 50 anderen deutschen Städten betreut. Er fertigt dazu Betonsteine mit einer verankerten Messingplatte. Sie haben eine Größe von 10x10x10 Zentimetern und werden in die Gehwege vor den ehemaligen Wohnhäusern der Deportierten eingelassen. Solcherart unauslöschlich gemacht, erinnern die Inschriften dauerhaft an Verfolgte des Nazi-Regimes, die aufgrund ihrer Her-

kunft, politischen Gesinnung, sexuellen Orientierung oder Religion ihr Leben verloren. In die Tafel werden Name, Jahrgang und Schicksal der betreffenden Person eingestanz

Weitere „Stolpersteine“ sollen in den kommenden Monaten folgen. Koordiniert wird das Projekt von einer Arbeitsgruppe Leipziger Vereine, Jugendverbände und Museen. Das Interesse muss aber immer wieder wach gehalten werden. Um das Projekt fortzuführen ist die Hilfe vieler Menschen nötig: Jeder Stolperstein bekommt in Leipzig einen Paten. Bürger, Vereine, Stiftungen oder Parteien können sich in dieser Hinsicht engagieren. Die Herstellung und Verlegung eines Steins kostet 95 Euro. Im Leipziger Waldstraßenviertel engagieren sich viele seit längerem für diese „Spur der Steine“.

• - CK

Wie war denn das alles wirklich ?

Ein Spiegel der Schauspielerei und Zeitgeschichte

„Stichworte“ nennt sich ein neues musikalisch-literarisches Programm, welches kürzlich im „Café Lindex“, im „Kinder- und Jugendtheater Leipzig“ Premiere hatte. Detlef Vitzthum lud gemeinsam mit dem Schauspieler Christoph Wiatre (Piano) zu einem fröhlichen, besinnlichen Abend. Versprochen wurde: „Bissiges und Handzahmes. Heiteres und Ernstes in Texten zum Theaterleben und Liedern zum Lebenstheater.“

Der Schauspieler Vitzthum (60), den seine Freunde „Vitz“ nennen, gehört mittlerweile sozusagen zu einem liebenswerten „Altmöbel“ des Kinder- und Jugendtheaters Leipzig.

Die beiden kommunizieren auch an die-

ebenfalls für die Muse des Theaters – „Thalia“?) Streifte die Einladung für den Sport auch nicht bedingt das Programm des Abends, so lässt es sich doch kaum ermesen, was es für einen Schauspieler bedeutet, seinem Publikum Altes und Neues – neu zu bieten. Mit großer Vorfreude liest man den Programmzettel der beiden Schauspieler.

Ein „Nummern-Programm“, mit 24 Programmpunkten wird heute vielleicht manches Mal belächelt. Allzu vieles wäre schon längst unüberbietbar geworden? In diesem Programm, so bemerkt der Neugierige, stehen diese 24 Programmpunkte tatsächlich wie Zinnsoldaten, aber wie farbig! Besonders am Herzen lagen beiden wohl die Texte Heiner Müllers, eines der späten Theaterdirektoren des „Berliner Ensembles“ in der DDR-Wende-Zeit. Besonders angetan fühlten sie sich von Müllers „Lied vom CIA“. „Vitz“ zeigt einen Mann des CIA mit einer riesigen Mütze und einer übergroßen Sonnenbrille. So zeichnen sich amerikanische Agenten aus? Wir staunen? Wir staunten? Handelt es sich hier auch um Agit-Prop? Vielleicht. Aber was wäre so schlimm daran, wenn es Wirkung zeigt? Gestalten der Zeit und des Zeitgeistes entstieg diesem Programm, die die Welt so vielleicht noch nicht vernommen hatte. Das Publikum dankte es mit Neugier. Man meint in einem geschichtlichen Panop-



Detlef Vitzthum als „Monarch“ ohne Titel aber mit Perücke

tikum zu sitzen, während die beiden Schauspieler und Sänger nichts unversucht lassen, um eine Wahrheit zu verkünden, die genau so wirklich ist, wie wir sie nicht erwartet hätten! Also alles schon bekannt? Weit gefehlt!

Woran sollte sich ein Interpret messen lassen? Braucht's Vorbilder oder „Nach-

Strebertum“? Man durfte gespannt sein, welche Neuerungen auf „Stichworte“ zu hören waren. Selbst wenn man z. B. den „Mackie Messer“ schon tausendmal gehört hat, wäre hier Neues nicht zu finden? Neu war die Wiederentdeckung des Theaterlebens durch die beiden Mimen aber doch. Wer die zeitgemäßen Interpretationen dieser Programmpunkte überhört, ist arm dran! Am Beispiel Vitzthums erleben wir z. B. Brechtsche Ironie in der reinsten Form. Ist es dessen Zynismus, den wir vorher so noch nie vernahmen? Warum nicht! Auch hier manches neu.

Man wird man bemerken, dass die beiden Darsteller nach neuen Fragen und nicht nach alten Antworten suchen. Ein lebendiges Programm um die deutsche Schauspielkunst. Die Zeiten müssen sich durch die Kunst und die Künstler immer wieder neu erklären. Man kann sich von ihnen nicht verabschieden. Sie können auch nicht absterben, wenn nur der Geist des Künstlers so recht in sie fährt! In der heutigen Situation ist ein ehrliches Hinterfragen der Zeitgeschichte dringender denn je. (Die Frage häuft sich: „Du sag' mal, wie war denn das alles wirklich?“) Vitzthum und Wiatre erklären sich und uns die Welt neu. Wem wäre dieses Programm dienlich? Dieses Programm könnte auf vielerlei öffentliches Interesse stoßen und auch der Bildung einen guten Dienst erweisen.

Von **JÖRN F. SCHINKEL**

sem Abend – wie immer in der Schauspielerei – aufs Stichwort. „Stichwortgeber“ und „Stichwortnehmer“ wussten ihrem Premiere-Publikum mancherlei Bekanntes und Unbekanntes zu offerieren. Was dem geneigten Publikum zur Premiere (in der Hauptsache waren es Berufskollegen) den besonderen „Pfiff“ gab, war wohl vor allem einer Sportart abgelinst, für die zufällig am Bar-Tresen erworben wurde: „Selbstverteidigung und Selbstbehauptung“. (Gilt das nicht

In ihrem Bemühen, den Widerstand gegen die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse, besonders gegen ihre Remilitarisierungspläne, auszuschalten, waren der Adenauer-Regierung neben der Kommunistischen Partei vor allem die Freie Deutsche Jugend ein Dorn im Auge. Der Jugend-Widerstand gegen eine neue Armee, zudem unter dem Kommando von Generalen, die Hitler bis zum Ende treu gedient hatten, beschränkte sich bei weitem nicht auf die Mitglieder der FDJ. Mitstreiter fanden sich auch in der Evangelischen und Katholischen Jugend, in der Guttempler-, Schreiber- oder Naturfreundejugend, bei den Falken und Jungsozialisten, aber auch unter den Nichtorganisierten.

Die FDJ jedoch war der einzige Verband, der in seiner Gesamtheit aktiv gegen die Remilitarisierung auftrat, unter anderem, indem er sich aktiv beteiligte an der Unterschriften-Sammlung für den Stockholmer Appell zum Verbot der Kernwaffen (1950) und an der Kampagne für eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Ihrem Aufruf zur Teilnahme am Deutschlandtreffen Pfingsten 1950 in Berlin waren fast 30000 westdeutsche Jugendliche gefolgt, zu den III. Weltfestspielen im folgenden Jahr sollten es sogar 35000 werden.

Bereits seit dem September 1950 gingen die Landesregierungen von Nord-Rhein-Westfalen, Bayern und Hessen mit Po-

50 Jahre KPD-Verbot (III)

Die Freie Deutsche Jugend – für Adenauer ein rotes Tuch

Nachbetrachtung zu einer Anhörung im Bundestag*

lizeiverordnungen gegen die FDJ vor. „Bis auf weiteres“ wurden öffentliche Kundgebungen und Umzüge (Demonstrationen) verboten. Im April 1951 erneuerte der NRW-Innenminister nicht nur die Polizeiverordnung, er untersagte vielmehr der FDJ alle Tätigkeiten. Für NRW bedeutete das faktisch ein Verbot der FDJ. Das Verbot für die ganze BRD folgte wenige Wochen darauf. Am 26. Juni beschloss die Bundesregierung:

„1. Die Tätigkeit der ‚Freien Deutschen Jugend (FDJ)‘ stellt einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar. Die FDJ ist daher durch Artikel 9 Abs. 2 GG kraft Gesetzes verboten.



Zu den antimilitaristischen Aktionen der westdeutschen Jugend Anfang der 50er-Jahre gehörte der Widerstand gegen die Bombardierung Helgolands durch die britische Luftwaffe. Das Bild zeigt die Teilnehmer der 2. Helgolanddelegation, die von deutscher Polizei mit Gewalt von der Insel geholt und am 10. April 1951 in Kiel vom britischen Militärgericht zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Im Schnellverfahren verurteilte das gleiche Gericht am folgenden Tag mehrere Teilnehmer einer Solidaritätsdemonstration zu je sieben Tage Haft.

Foto: Archiv des Verfassers

2. Die Landesregierungen werden ... ersucht, jede Betätigung im Sinne der FDJ zu unterbinden.“

Dass mit diesem Erlass die Bundesregierung einen Verfassungsbruch beging, indem sie sich anmaßte, einen Verstoß gegen das Grundgesetz festzustellen, störte weder einen Adenauer noch seinen Innenminister Lehr. Erst nachdem einige Gerichte FDJ-Mitglieder, die der „Geheimbündelei“ angeklagt waren, freisprachen, beantragte die Adenauer-Regierung 1953 beim Bundesverwaltungsgericht ein Verbot der FDJ. Erwartungsgemäß verkündete das Gericht am 16. Juli 1954: „Die Vereinigung ‚Freie Deutsche Jugend in Westdeutschland‘ ist gemäß Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.“

Bei weitem nicht alle Gerichte lehnten eine Verurteilung von FDJ-Mitgliedern ab, die trotz Verbot weiterhin aktiv gegen die Remilitarisierung und für die sozialen Rechte der Jugend eintraten. Im Gegenteil. Auf der Grundlage des seit dem September 1951 gültigen politischen Strafrechts, wurden bis 1956 etwa 6430 Jugendliche festgenommen bzw. verhaftet, fanden 425 Prozesse statt, in denen 1012 Jahre Gefängnis verhängt wurden. Die härtesten Urteile fielen der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes: fünf Jahre Zuchthaus für den FDJ-Vorsitzenden Jupp Angenfort, vier Jahre Gefängnis für den Chefredakteur der Verbandszeitung „Junges Deutschland“, Wolfgang Seiffert.

• EDMUND SCHULZ

* Öffentliche Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE: 50 Jahre KPD-Verbot am 1. Juni 2006

Rückblick: Am symbolträchtigen 8. Mai dieses Jahres feierten 400 Bauarbeiter, Universitätsmitarbeiter und Gäste in der Liebigstraße die Grundsteinlegung am neuen Zentrum für konservative Medizin sowie das Richtfest am neuen Zentrum für Frauen- und Kindermedizin.

Wie schwer sich die heutige, meist westlich dominierte Universitätsleitung mit der Zeit des Hitlerfaschismus und der schweren Zeit des Wiederaufbaus sowie den Aufbauleistungen in der DDR tun, zeigte ein kurzer Abriss der Geschichte der Leipziger Medizin in einer Informationsbroschüre des Uniklinikums. Außer den Hinweisen, dass die Universität 1953 die alleinige Trägerschaft des St. Jacob übernommen hat, die meisten Kliniken und Institute zerstört oder beschädigt worden waren, nicht wenige Schäden bis zur Wende „erhalten“ geblieben und den Wessis „nur Provisorien“ begegnet sind, war nichts zu erfahren. Außer: „Weiterhin gingen wichtige Signale von der Medizinischen Fakultät Leipzig aus und es wurden hervorragende Leistungen in der Forschung und der Krankenhausversorgung erbracht.“

Welche Leistungen durch welche Persönlichkeiten? Oder will man diese Wissenschaftler, von denen nicht wenige internationales Ansehen genießen, vergessen machen? Viele von Ihnen wurden ausschließlich aus politischen Gründen aus ihren Ämtern und nicht wenige, mangels Arbeitsmöglichkeiten, sogar aus dem Land getrieben, wenn sie – hochqualifiziert wie sie waren – nicht in westdeutschen Privatkliniken untergekommen sind. Sonst keine Hinweise – als hätte es die Jahrzehnte bis 1990 nicht gegeben. Seit den 50-er Jahren wurden nicht nur Klinikgebäude rekonstruiert und erweitert. Es wurden auch zahlreiche Institute und ein Zentralbettenhaus neu gebaut. Nicht zu vergessen, dass ein solcher intakter Neubau der ehemaligen Sektion Chemie, dem kompakten Neubauzentrum der Konservativen Medizin weichen

Das Krankenhaus inmitten der Stadt

Gedanken nach der Grundsteinlegung und dem Richtfest im Leipziger Universitätsklinikum

musste.

Einzelne Gäste und gutbetuchte Klinikmanager fühlten sich in ihrer fröhlichen Feierstimmung brüskiert, weil Ärzte die Grundsteinlegung nutzen, um mit Spruchbändern auf ihren derzeitigen Arbeitskampf nach leistungsgerechter Entlohnung hinzuweisen. Schließlich, was nützt den Patienten und den Medizin-Studenten eine noch so gut gebaute und mit modernster Technik eingerichtete Klinik, wenn kein hoch qualifiziertes und durch soziale Absicherung hoch motiviertes Personal mehr zur Verfügung steht?

Vorschau: Entlang der Liebigstraße entsteht nun also ein Krankenhaus der kurzen Wege inmitten der Stadt. Das erneuerte Uniklinikum soll sich als modernes Medizinisches Zentrum für Patienten und als Ausbildungsstätte auch mit europäischen Maßstäben messen – immerhin hat Leipzig derzeit 2900 Medizinstudenten. Zudem soll die gesamte Gesundheitsmagistrale als verkehrsberuhigte Fußgängerzone attraktiver gestaltet werden und damit auch eine Campusfunktion erhalten. Übrigens: Bis Ende der 60-er Jahre befuhren die Liebigstraße fast geräuschlose Elektrooberleitungsbusse. Die Patienten konnten damals fast an alle Kliniken faktisch bis vor die Tür fahren. Als diese in den 70-er Jahren durch Diesel-Ikarusbusse ersetzt wurden, mussten sie schon bald in die Philipp-Rosenthal-Straße und Johannisallee verbannt werden. Der Ausbau und die Profilierung des Uniklinikums ordnet sich in das Leipziger Netz der Gesundheitseinrichtungen ein,

zu dem neben dem Diakonissenhaus und Krankenhaus St. Elisabeth auch das Städtische Klinikum St. Georg und die privaten Rhönkliniken in Probstheida gehören. Als akademische Lehrkrankenhäuser haben das Klinikum St. Georg als Brandverletzentrum sowie als Zentrum der Tropen- und Lungenmedizin oder der Geriatrie sowie die Rhönkliniken mit dem Herzzentrum und Suchtklinik überregionale Bedeutung.

Neben wirtschaftlicher Optimierung werden aus der besseren Verzahnung vor allem die jährlich 320 000 Patienten profitieren, wie Prof. Fleig, Medizinischer Vorstand des Uniklinikums betonte. Profitieren soll auch die universitäre Ausbildung der Studenten der medizinischen Fakultät. Von den 230 Millionen Euro Umsatz sollen gleichfalls regionale Dienstleister und Zulieferer profitieren. Gegen ein Profitieren im oben erwähnten Zusammenhang ist nichts einzuwenden. Nur leider bleibt es nicht dabei. Die Gesundheit selbst wurde zum Wirtschaftsgut, das Profit abwerfen muss. Medizinische und Gesundheitsbetreuung als staatliche Fürsorgepflicht für alle und für alle gleich gut – das ist mit den neuesten Gesundheits-„reformen“ endgültig hinfällig.

Immerhin gibt es noch Gegenwehr, beispielsweise als die Mehrheit des Aufsichtsgremiums einem ehemaligen Kaufmännischen Vorstand den Laufpass gab, weil der aus dem Leipziger Uniklinikum eine „Autowerkstatt zum Ersatzteilwechsel“ machen wollte.

Soziale Verantwortung, in diesem Falle als Wertschätzung der Leistungen der Bauarbeiter, Architekten und Ingenieure

mag es auch gewesen sein, bei der Grundsteinlegung und dem Setzen der Richtkronen die Bauarbeiter zu benennen. Bei ähnlichen Feiern in den letzten Jahren war das leider nicht mehr üblich.

Aus der Konzentration des Klinikums in der Liebigstraße ergibt sich zwangsläufig, dass die beiden Traditionsstandorte der Uni-Kinderklinik in der Oststraße und die Frauenklinik in der Philipp-Rosenthalstraße ausziehen werden. Wehmüt wird dann nicht nur beim Personal aufgenommen. Der Respekt, vor dem, was in rund 100 Jahren an beiden Standorten für wissenschaftlichen Fortschritt und medizinischen Leistungen erbracht wurde, gebietet es, ansprechende Nachnutzungen zu finden.

Die Uni-Kinderklinik war eine der ersten, die sich Herzoperationen bei Kindern zuwandte und in der Minimal Invasiven Chirurgie Maßstäbe setzte, ebenso wie in der Kinderonkologie oder bei Stoffwechselerkrankungen. Die Universitätsfrauenklinik hatte gleichfalls einen internationalen Ruf durch die Anwendung weltweit nur hier praktizierter Operationsmethoden. Viele der heute in dieser Stadt Lebenden wurden in der Uni-Frauenklinik geboren. Sie besitzt außerdem einen hervorragenden Ruf als Kinderwunschzentrum. Mit der Einbindung der historischen Baussubstanz der ehemaligen Chirurgischen Klinik in den Mutter-Kind – Klinikkomplex wird Historisches und Neues kreativ verbunden. Zukünftig können die Mediziner beider Fachrichtungen im gemeinsamen Haus in jeweils zwei OP-Sälen für Gynäkologie und Kinderchirurgie beispielsweise in der fetalen Chirurgie angeborene Fehlbildungen bereits im Mutterleib korrigieren, wird die Patientin Mutter nicht in Frau und Kind geteilt. Das gibt es bisher nur an wenigen universitären Klinikstandorten. Die Ausgestaltung und Ausstattung der Kinderklinik soll sich noch mehr auf die jungen Patienten einstellen, wie dies am alten Standort bereits begonnen hat.

• SIEGFRIED SCHLEGEL



Anstiftung zur Steuerflucht

Man muss kein Liebhaber von „Report Mainz“ sein. Was aber das ARD-Magazin am 5. Juli verriet, konnte einen schon am Bildschirm festhalten. Peter Porsch, Ingrid Mattern und Heiko Hilker von der linken Landtagsfraktion kommentieren:

„Das, was im ‚Report Mainz‘ über die Förderpraxis im Freistaat aufgedeckt wurde, grenzt an gesetzeslose Verhältnisse.“

Wenn von der Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH Steuerberater vermittelt werden, die potentiellen Investoren Empfehlungen geben, wie sie das Bezahlen von Unternehmenssteuern an die hier ansässigen Gemeinden umgehen können, dann ist dies zumindest Anstiftung zur Steuerflucht, die mit enormem wirtschaftlichen und finanziellen Schaden für den Freistaat verbunden ist.

Wenn die Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH potentiellen Investoren den Weg dafür frei macht, Strohhalm in Polen zu gründen, um sowohl Fördermittel in Sachsen zu kassieren als auch das Null-Steuer-Paradies der Freihandelszone in Ostpolen zu genießen, dann ist das ein Verhalten, das durch kein Gesetz gedeckt ist.“

Dies sei ständige Praxis, andere Bundesländer machten es genauso, äußerte Georg Milbradt. „Doch man bekommt keinen Freispruch, wenn man bei kriminellem Handeln darauf verweist, dass andere auch kriminell waren.“

Sternstunde für Dresdner Schüler?

Jens Jungmann war nicht der einzige Journalist, der diese Sternstunde miterlebte, und die *Morgenpost* nicht die einzige Zeitung, die darüber berichtete. Aber er traf den Nagel auf den Kopf, als er am 16. Juni den Titel wählte „Geschichtsstunde mit Milbradt über *Das Leben der Anderen*.“

Es handelt sich um den vielfach preisgekrönten Film über einen Offizier der Staatssicherheit, der vom Saulus zum Paulus wurde, einen Mann, den es nach dem Zeugnis von Marianne Birthler in der Wirklichkeit nicht gegeben hat, der aber jetzt für die Zwecke der politischen Bildung offenbar gebraucht wird. Und da Lehrer anscheinend nicht genug für die filmische Abrechnung mit der DDR tun und Schüler gern schlafen – auch in der Geschichtsstunde Milbradts, wie das Foto in der *Morgenpost* zeigt –, brachte der Ministerpräsident gleich die bewährten Pädagogen des Volkes Heinz Eggert und Arnold Vaatz mit. Bekanntlich kam Milbradt aus den alten Bundesländern, Eggert und

Vaatz sind Opfer der Staatssicherheit. Da können sie manches erzählen.

Die Fragen der Schüler allerdings – z. B. „Ist es denn gerecht, dass Stasi-Mitarbeitern heute die Renten gekürzt werden?“ – beweisen, dass Milbradt und seine Mitkämpfer noch manche Schulstunde geben müssen, ehe die Schüler nicht mehr so ketzerisch fragen.

Für mich ist erstaunlich, mit welchem Aufwand bestimmte „staatspolitisch wertvolle“ Filme propagiert werden. Ich erinnere mich (Jg. 1927), wie in meiner Schulzeit der Besuch von Filmen wie *Jud Süß*, *Ohm Krüger*, ... reitet für Deutschland und *Kopf hoch*, *Johannes!* Pflicht für Schüler war. Ich erinnere mich auch an die tödliche Wirkung.

Könnte es sein, dass bestimmte Filme Teil der staatlich verordneten Delegitimierung der DDR sind? Erklärt sich daraus der pädagogische Eifer der Milbradt, Vaatz und Eggert?

• HORST SCHNEIDER

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Juni

Arbeitslosigkeit gesunken – Lehrstellenlage kritisch

Die Zahl der Arbeitslosen des Agenturbezirks Leipzig ist im Juni im Vergleich zum Vormonat um 3898 auf 69 877 Personen gesunken, zum Juni 2005 um 10 715. Die Quote beträgt 17,7 Prozent. Wo die „verschundenen“ Arbeitslosen zum Einsatz gekommen sind, war nicht konkret erklärbar, da das Stellenangebot weiter rückläufig ist. Im ersten Halbjahr haben sich insgesamt 54 376 Betroffene arbeitslos gemeldet; bis Jahresende ist mit über 100 000 Meldungen zu rechnen. Nicht informiert wurde über die Qualität der gemeldeten Stellen, was Stundenzahl, Befristung und Tarifbindung angeht. Mit 21,71 Prozent Arbeitslosigkeit liegt die Geschäftsstelle Borna an der Spitze; 57,4 Prozent der dortigen Erwerbslosen sind langzeitarbeitslos.

Der Behauptung von Regierungspräsident Steinbach in einem LVZ-Interview, nur der Bau sei Sorgenkind, ist entschieden zu widersprechen. Vom Bau gingen 4 577 Menschen in die Arbeitslosigkeit, aus dem „Rettenstanker“ Dienstleistungen waren es 12 679!

Für die Lehrlingsausbildung wurden seit Oktober nur 2224 Stellen gemeldet. Dem stehen 8355 Bewerber gegenüber. Derzeit sind 941 Stellen unbesetzt. In Sachsen liegt die Arbeitslosenquote bei 16,3 Prozent. Die Arbeitslosenzahl sank im Vergleich zum Mai um 20087 und im Vergleich zum Vorjahr um 38049 Personen auf 355506 Personen.

• J. SPITZNER

LN. Der Innenausschuss des Landtags lehnte am 6. Juli mehrheitlich den Gesetzentwurf der Linksfraction zur Neuregelung der Einwohnerbeteiligung und der Beitragserhebung für kommunale Verkehrsanlagen ab. Damit bleibt es auch beim Skandal rückwirkender Beitragserhebung für Anlieger erneuerter Straßen.

Schwarzer Tag für Anlieger

Im Koalitionsvertrag hatten sich CDU und SPD darauf geeinigt, „den Kommunen mehr Flexibilität bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu ermöglichen“. Darauf zielt der Gesetzentwurf der Linksfraction ab. Er sieht ferner eine umfassende Informations- und Konsultationspflicht der Kommunen

gegenüber ihren Bürgern vor.

„Die Koalitionsfraktionen haben sich leider nicht gesprächsbereit gezeigt. Eine Lösung der für die Kommunen bedrückenden Situation ist ein weiteres Mal verschoben worden“, stellt Sebastian Scheel, Sprecher für Kommunal Finanzen der Linksfraction, fest.

Erwartung

LN. Zur angekündigten Berufung von Dr. Eva-Maria Stange ins sächsische Kabinett (siehe Chronik) erklärte der Vorsitzende der Linksfraction PDS im Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch: „Wenn Frau Stange als Wissenschaftsministerin an ihre Politik als GEW-Vorsitzende anknüpfen sollte, wäre dies nur zu begrüßen. Das sage ich auch ausdrücklich auf Grund meiner Erfahrungen als GEW-Mitglied. Wir erwarten, dass die künftige Ministerin noch energischer der schwarzen Ministerialbürokratie die Stirn bietet.“ Frau Stange sei ein Garant für gebührenfreies Studium in Sachsen.

Schülerräte

LN. 83 Prozent der Schülerräte an den weiterführenden Schulen Sachsens haben keinen eigenen Arbeitsraum, 52 Prozent nicht einmal einen Raum, in dem sie sich regelmäßig treffen können. 39 Prozent haben kein eigenes Budget. Das ergab eine Umfrage der Linksfraction des Landtags. 55 Prozent der befragten Räte beurteilen ihren Einfluss auf die Konzeptentwicklung der Schule positiv, nur 23 Prozent negativ. In mehr als der Hälfte der Schulen fanden allerdings in den letzten zwei Jahren keine Schülervollversammlungen statt. 29 Prozent der Schülerräte geben an, ihre Post geöffnet zu erhalten.

Originelle Region

LN. Der sorbische Landtagsabgeordnete Heiko Kosel (Linksfraction) fordert Ministerpräsident Milbradt und Wirtschaftsminister Jurk auf, öffentlich vor Ort zu bekennen, wer in der „Schleifer Lausitzregion“ warum und wann seine Heimat unter Braunkohlebaggern verlieren soll. „Die Schleifer Region gehört kulturell und sprachlich zu den originellsten, die wir Sorben haben und die auch die deutsche Politik gern präsentiert.“ Landschaftsverzehrende Industrie, die infolge Rationalisierung über geringes Beschäftigungspotenzial verfüge, dürfe nicht bevorzugt werden.

27. Juni

Markkleeberg. Bei einer Verpuffung auf einem Abfallhacksler der Mitteldeutschen Umwelt und Entsorgung GmbH nahe Cröbern werden fünf Arbeiter verletzt.

28. Juni

Dresden. Innenminister Buttolo (CDU) legt eine interne Sachsen-Karte mit dem Zuschnitt der geplanten zehn Großkreise vor. Fusionieren sollen u. a. De-litzsch/Torgau/Oschatz, Muldental-kreis/Leipziger Land, Döbeln/Mittwei-da/Freiberg sowie Niederschlesischer Oberlausitzkreis/Löbau-Zittau/Görlitz.

30. Juni

Leipzig. Wegen Verdachts auf Untreue bei einem Grundstücksgeschäft wird gegen Verantwortliche der Sparkasse Leipzig ermittelt, teilt die Staatsanwaltschaft mit. Gleichzeitig gerät die Mediengestaltung der Sparkasse wegen explodierender Baukosten eines Mediacampus und Vetterwirtschaft unter Druck.

Dresden/Leipzig. Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig wirft dem Leipziger Uni-Kanzler Frank Nolden einem Pressebericht zufolge Rechtsverstöße vor. Eine Befragung von Wis-

senschaftlern gehe weit über dienstliche Belange hinaus in die Privatsphäre.

Dresden. Der von Koi-Karpfen übertragene Herpesvirus verursachte in der sächsischen Fischereiwirtschaft bisher einen Schaden von 880 000 Euro, informiert das Gesundheitsministerium.

Leipzig. Die Staatsanwaltschaft bestätigt Ermittlungen gegen Böttoris von Ditzfurth, Hauptgeschäftsführer der IHK Leipzig, wegen des Verdachts der Nötigung und unerlaubten Waffenbesitzes. 14 Waffen und 1000 Schuss Munition seien sichergestellt.

1. Juli

Dresden. Fast 28 000 Jugendliche unter 25 Jahren werden in Sachsen bei der Vermittlung von Ausbildung und Beschäftigung diskriminiert, weil sie in Bedarfsgemeinschaften langzeitarbeitsloser Eltern leben, erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction

im Landtag. Sie fordert Ministerpräsident Milbradt auf, sich im Bundesrat für die Aufhebung dieser Praxis einzusetzen.

2. Juli

Cottbus. Oberbürgermeisterin Karin Rätzel (parteilos) wird durch Bürgerentscheid abgewählt.

Dresden. Nach Auskunft des Landeskriminalamts verzeichnete Sachsen im vergangenen Jahr 21 Banküberfälle. 2004 kam es zu 13, 2003 zu acht Überfällen.

3. Juli

Dresden. Dr. Eva-Maria Stange (SPD) soll neue Ministerin für Wissenschaft und Kunst werden, bestätigt SPD-Landeschef Thomas Jurk. Die frühere Landes- und Bundesvorsitzende der Gewerkschaft GEW arbeitet zurzeit an der TU Dresden in der Lehrerbildung. CDU-Politiker bezeichnen die vorgesehene Berufung als „Provokation“.

SACHSEN-CHRONIK

27. Juni bis 10. Juli

6. Juli

Dresden. Hanjo Lucassen, Vorsitzender des DGB Sachsen, kritisiert die angekündigte Personalkürzung im öffentlichen Dienst, darunter bei Lehrstellen.

Zwickau/Freiberg. Beim Jahresvergleich deutscher und österreichischer wissenschaftlicher Bibliotheken steht die Fachhochschulbibliothek Zwickau erneut an der Spitze gleichartiger Einrichtungen, meldet dpa. Die Bibliothek der Bergakademie Freiberg belegt Platz 4. Am Vergleich beteiligten sich 171 öffentliche und 73 wissenschaftliche Einrichtungen.

7. Juli

Leipzig. Der Studentenrat der Uni sieht in der designierten Wissenschaftsministerin Stange eine gute Wahl. Sie stehe Seite an Seite mit den Kommilitonen gegen Studiengebühren. Das müsse sich beim Novellieren des Landeshochschulgesetzes niederschlagen, sagt Sprecher Hannes Delto.

10. Juli

Dresden. Nebelschütz bei Kamenz gewinnt den diesjährigen Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ vor Niederaltersdorf und Langenreichenbach, teilt das Kulturministerium mit.

Dritte Halbzeit im Museum

Dem Kaiser Franz und dem Blatter Joseph wurde vielseitig gehuldigt, auch die Kunstszene bemühte sich um Bezüge zum runden Leder. Das Museum der bildenden Künste wollte unter dem Motto „Ballkünstler“ nicht im Abseits stehen. In der dritten Halbzeit sollten eckige Bälle, ein Fußballtor mit Glasmalerei und ein mit Bohrmaschinen angetriebenes Tischfußballspiel die FIFA-Sommerfrischler animieren. Wenigstens Bernhard Heisigs selten zu sehendes Gemälde „Das Endspiel“ (1995) war ein verwandelter Freistoß.

Warum hatte der Trainer Dr. Hans-Werner Schmidt nicht die Stars eingewechselt? Beliebigkeit raus, Schätze des Depots hinein? Und dann hockte auf der Spielfläche noch verstört und alleingelassen der „Animatograph“. Eine begehbbare, düstere Scheune mit Videoschnipseln und Hühnerfedern. Hustenanfälle garantiert.

Kopfschütteln auch. Eine Zumutung für Besucher und Wachpersonal. Ein grobes Foul von Christoph Schlingensief, Libero in Sachen Provokation. Die Fußballfans zeigten derweil die gelbe Karte und entschieden sich lieber für Bier und Würstchen, gähnende Leere im Kubus am Sachsenplatz, äh, in der Katharinenstraße.

Endlich, kurz vor Abpfiff, kam die erlösende Verstärkung aus dem Depot. Das Museum verfügt über eine der bedeutendsten Sammlungen römischer Barockzeichnungen. Erwähnt seien Namen wie Gianlorenzo Bernini und Salvator Rosa! Den Kernbestand bilden Werke aus dem Besitz der Königin Christina von Schweden, die nach ihrer Abdankung 1655 in Rom lebte und Künstler um sich versammelte, die nach Motiven von Raffel und Poussin zeichneten: Das erlösende Tor für die Mannschaft des Museums der bildenden Künste.

• D. M.

Verbot für Tübkes Radierung

Die Thüringer Landesbeauftragte für Stasiunterlagen, Hildigund Neubert, intervenierte. Und schon wurde aus einer großen Tübke-Ausstellung im Thüringer Landtag die Radierung „Ungarn 1956“ abgehängt. Wie passend, denn auf dem Blatt ist zu sehen, wie vom aufständischen Mob Gehängte von Laternenpfählen abgenommen werden. Tübke hatte dieses Blatt deshalb konkret einordnend mit dem Schriftzug versehen „Weißer Terror in Ungarn“.

Für die Neubert ist das eine Propagandalüge und Lügen dürften im Landtag nicht verbreitet werden. Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski assistierte, das Kunstwerk „entspricht nicht dem vom Parlament vertretenen Geschichtsbild“. Klar, jedem seins. Was kann man nicht alles in der BRD erleben, sogar Bilderstürmerei, Kunstverbote ...

• mx

Darf Dr. Eva-Maria Stange, 49 Jahre alt, von 1997 bis 2005 Bundesvorsitzende der GEW, neue Ministerin für Wissenschaft und Kunst in Sachsen werden? Warum hat sich die sächsische CDU massiv auf sie eingeschossen? Ja, der Bautzener CDU-Kreisverband forderte sogar von Ministerpräsident Milbradt, Dr. Stange die Ernennung zu verweigern.

An ihrem seit Jahr und Tag unveränderten optischen Aushängeschild, der dunklen Löwenmähne, wird diese Abwehr kaum liegen, eher an ihren seit Jahr und Tag sich noch verfestigenden Standpunkten zur Bildungspolitik hierzulande. Die seien ideologisch gefärbt, so einer der Hauptvorwürfe gegen sie. Das Schlimmste für die wackeren Barden einer „modernen Bildungspolitik“: Sie sei eine Linke. Und wenn so eine nun das neue sächsische Hochschulgesetz durchbringen soll, dann schwimmen den neoliberalen Christdemokraten mit ihren unchristlichen Demokratievorstellungen die Felle weg. Stange hat zum Beispiel nie ein Hehl aus ihrer Absage zu Studiengebühren gemacht. Harte Zeiten für die CDU-SPD-Koalition in Sachsen, in der die Sozialdemokraten ohnehin nur ein Juniorpartnerchen sind, nicht nur wegen ihrer paar Wahlprozent, sondern auch wegen ihres nicht wahrnehmbaren eigenen Profils – aber das ist schließlich in deutschen Ländern nichts bemerkenswertes mehr. Und insofern ist es ein bemerkenswert aufmüppiger Akt des sächsischen SPD-Vorsitzenden Thomas Jurk, ausgerechnet Eva-Maria Stange für dieses freigewordene Ministeramt (Barbara Ludwig wurde soeben in Chemnitz zur Oberbürgermeisterin gewählt) zu berufen, wie es ihm laut Koalitionsvertrag mit der CDU zusteht. Allerdings, schon bekommen auch SPDler, so wie der sächsische Bundestagsabgeordnete Gunter Weißgerber, Schiss vor solcher Courage. Typisch SPD warnt er: Die Berufung einer „wahrscheinlich koalitionsunfähigen Ministerin könnte zur Bruchstelle der fragilen CDU-SPD-Bündnisses werden. Für ihn seien die Risiken einfach größer als ein etwaiger Nutzen.

Tatsache ist, Stange wird eine kompetente Ministerin sein und womöglich dabei auch gleich die SPD ein bisschen aufpolieren. Was das Amt dann mit ihr macht, was ihr die anderen Amtsträger zumuten, das steht auf einem anderen Blatt. Parteidisziplin um jeden Preis – Stange ist seit einiger Zeit SPD-Mitglied – passt jedenfalls nicht zu ihr, wie ihr Lebensweg bewies. Den „krönte“ die Naturwissenschaftlerin schließlich nicht mit einem Austritt aus der DDR, sondern nur aus

CDU kanzelt designierte Ministerin als Linke ab

Sachsens SPD wird richtig mutig und beruft die frühere GEW-Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange als Wissenschaftsministerin



der SED, „weil sich in den 80er Jahren zeigte, dass die SED von innen heraus nicht zu verändern war“. Wie sie in diesem Lichte inzwischen ihre SPD-Mitgliedschaft sieht, das bleibt abzuwarten. Es war ein halbes Jahr vor ihrer Wahl zur GEW-Bundesvorsitzenden, irgendwann im Oktober 1996, als ich Eva-Maria Stange einen ganzen Tag lang durch Chemnitzer Bildungseinrichtungen begleitete, um sie nicht nur zu interviewen, sondern auch, um ihre Arbeitsweise kennenzulernen. Die damalige sächsische Landesvorsitzende, so sehr sie Hoffnung verbreitete, machte kein Hehl aus ihren Sorgen. Eine vorrangige: „Die Bundesrepublik ist halt einfach größer geworden. Der Westen wollte weiter nicht gestört werden. Die GEW auch nicht. Als wenn es nicht hohe Zeit gewesen wäre, endlich auch das westdeutsche Bildungssystem zu hinterfragen. Ist es etwa nicht krank?“

Das war wie gesagt 1996, und von Pisa noch keine Rede. Aber Eva-Maria Stange aus Sachsen irritierte mit ihren Ansichten so manche Hauptvorstandssitzung. Auch dazu ein Satz von damals: „Aufgeschlossenheit auf beiden Seiten ist fast nur noch in Pausengesprächen zu finden. Wobei unser Problem aus dem Osten ist, dass wir zielorientierter in die Versammlungen gehen. Uns nervt dieses Sich-mit-sich-selbst-Beschäftigen, wie es in der GEW leider zum Alltag gehört. Und wenn einer aus dem Osten mit einem existentiellen

Problem kommt, dann heißt es bestenfalls: Auch, ihr Armen!“ Und konkret: „Wenn in Hamburg erst Lehrergehälter abgespeckt werden wegen des grundgesetzlich vorgeschriebenen Gleichheitsgrundsatzes, versteht sich, dann ist es zu spät.“

Bildungspolitischer Kahlschlag ist verbauter Weg in die Zukunft. Aber nicht nur das. Die langjährige Gewerkschafterin und Hochschullehrerin weiß um die psychologischen Probleme von Rückstufungen, Aberkennung der Qualifikation und nicht zu letzt von Gehaltseinbußen und fragt: „Wie sollen Frauen existieren, wenn sie als Kindergärtnerinnen nur noch 30 Stunden arbeiten dürfen, bei reduziertem Osttarif wohlgeerntet.“

Zehn Jahre sind seit diesen Sätzen vergangen. Inzwischen sind in Sachsen längst auch die Lehrerstundenzahlen reduziert. Teilweise verdienen Lehrer im Osten weniger als junge Facharbeiter. Viele suchen sich Nebenbeschäftigungen. Da bleibt

„Ich stehe zur Chancengleichheit junger Menschen, da ich als Arbeiterkind selbst davon profitiert habe und promovieren konnte. Daher sind für mich Studiengebühren tabu.“

nicht viel Kraft und immer weniger Lust, sich voll für seine Schüler zu engagieren. Eva-Maria Stange hat nicht zuletzt mit ihren Warnungen – dass das, was im Osten geschieht, nur ein Pilotversuch ist, mit dem Tatsachen geschaffen werden, die eines Tages auch für den Westen Geltung erlangen – tatsächlich zielorientierte Gewerkschaftspolitik gemacht. Schon vor zehn Jahren gegen den damaligen mecklenburg-vorpommerschen Tarifvertrag, der die Lehrerarbeitszeiten um 50 Prozent absenkte und damit auch das Gehalt halbierte. Für die Sächsin unakzeptabel. Für den damaligen sächsischen CDU-Finanzminister gewiss keine angenehme Erinnerung an die zähen Verhandlungen mit der Gewerkschafterin. Fast könnte man die jetzige Panik bei der CDU nachfühlen.

Aber gemacht. So groß wird Ministerin Stanges Einfluss ohnehin nicht. In Sachsen ist die Bildungspolitik schön verfrant und auf drei Ministerien aufgeteilt: Für die Kindergärten ist die Sozialministerin zuständig, für die Schulen der Kultusminister. Die Hochschulen, gehören zu ihrem künftigen Ressort Wissenschaft und Kunst. Und schon verlautbart sie in der hiesigen Tageszeitung: „Ich stehe beispielsweise zur Chancengleichheit junger Menschen, da ich als Arbeiterkind selbst davon profitiert habe und promovieren konnte. Daher sind für mich Studiengebühren tabu.“

Damals in unserem Gespräch Ende 1996 ging es zwar noch nicht um die grundgesetzwidrigen Studiengebühren, wohl aber um ihre Sorge, dass nicht zuletzt im Zuge der Abwicklung der DDR-Intelligenz die Universitäten bereits 50 Prozent ihrer Stellen eingebüßt hatten. Aber im Westen mokiere man sich, dass im Osten auf einen Studenten quasi drei Professoren kämen: „Bei allen Übertreibungen, aber ist denn die Massenuniversität unbedingt das, was im Osten den Studierenden nun auch noch passieren muss? Und: Was wird im Westen dadurch besser, wenn in Sachsen ein personeller Kahlschlag zugelassen wird, wie es ihn übrigens in keinem anderen Bundesland gibt?“

Die Massenuniversitäten sind längst auch in Leipzig oder Dresden Alltag. Da kann eine noch so zielorientierte arbeitende Ministerin Stange nicht mehr viel ändern. Der allgegenwärtige Rotstift, der teilweise sogar das Toilettenpapier an den Universitäten streicht, gar nicht zu reden von der nicht mehr gekauften Literatur, ist festgeschriebene Tatsache, ebenso eine verharrschte Konzil-Struktur, der weitere Professoren- und Dozentenabbau, das neue und unsägliche Schmalspur-Bachelor- und Masterstudium nach amerikanischem Vorbild und, und, und.

Und dann gehört zum Ministerium noch das auch nicht gerade nebenbei zu bewältigende Kunstressort, ein völlig neues Gebiet für Eva-Maria Stange. Frohlockt etwa CDU-Generalsekretär Kretschmer schon, wenn er, sein Dresden und dessen Mühlen kennend, gönnerhaft erklärt, über die Qualität von Stange müsse nach ihrer Amtsübernahme gesprochen werden, die Verantwortung der Personallege ohnehin allein bei der SPD.

Um also die eingangs erwähnte Frage zu beantworten: Eva-Maria Stange darf Ministerin werden. Möglicherweise aber ist sie bis September, wenn frühestens ihre Berufung erfolgt, schon zermürbt und reif für eine Absage.

Die eigentliche Frage ist ohnehin: Wie demokratisch kann eine Ministerin in einem kapitalgesteuerten Gemeinwesen agieren? • MAXI WARTELSTEINER

Dem wiederholten Wunsch mehrerer Leser dieser Zeitung nachkommend, möchte ich zu den desolaten wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Palästinenser in ihrem besetzten Land Stellung nehmen. Dafür werde ich ausschließlich folgende zuverlässige Quellen nutzen:

- den Bericht der UNCTAD (Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung) über die Hilfe für das palästinensische Volk vom September 2004,
- den Weltbank-Bericht zur palästinensischen Wirtschaft vom Juni 2004 und
- den Weltbankbericht über die Westbank und Gaza vom August 2004

Palästina erlebt gegenwärtig eine schwere Wirtschaftskrise, die zu den schlimmsten in der modernen Geschichte gehört. Die fortdauernde Besatzung und die damit verbundenen Beschränkungen in der Mobilität von Menschen, Waren und Kapital, die Zerstörung der Infrastruktur und öffentlicher wie privater Wirtschaftsgüter haben dramatische

Von **SARKIS LATCHINIAN**

Folgen für die palästinensische Wirtschaft und die Lebenslage der dort lebenden Menschen.

Trotz eines Wachstums der Wirtschaft im Jahre 2003 um 4,5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2000 und 2003 um 21,6 Prozent zurück. Die Wirkung auf die Lebensverhältnisse war noch dramatischer. Das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf fiel von 1750 Dollar im Jahre 1999 auf geschätzte 1040 Dollar im Jahre 2003, ging also um 43 Prozent zurück. Konsequenterweise setzte sich der Armutstrend fort.

Im 4. Quartal 2003 lebten 72 Prozent der palästinensischen Haushalte (66% im Westjordanland und 83% im Gaza-Streifen) oder 2,9 Millionen Palästinenser unterhalb der Armutsgrenze von 3,6 US-Dollar pro Tag für einen 4-Personen-Haushalt – eine dramatische Veränderung gegenüber den registrierten 20 Prozent Armen nur fünf Jahre zuvor. Gleichzeitig ist die Zahl der Armen mit Ersparnissen von 70 auf 13 Prozent gefallen und ein Drittel hängt nur von Zahlungen von Freunden und Verwandten ab. Die Weltbank geht davon aus, dass 16 Prozent der gesamten palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen (geschätzt auf 4,5 Millionen) und ein Viertel aller Palästinenser im Gaza-Streifen in tiefer und absoluter Armut lebt. Die Bevölkerung als Ganzes hat ihren Pro-Kopf-Nahrungsmittelverbrauch seit 1999 um 30 -35 Prozent senken müssen und wäre ohne Hilfe der Geberländer vergleichbar unterernährt wie die Menschen in vielen armen Ländern der Welt.

Wirtschaftslage immer prekärer

Die grassierende Wirtschaftskrise hat beispiellose Folgewirkungen. Von 2000 bis 2003 verzeichneten Gaza-Streifen und Westjordanland Einkommensverluste von über 6,3 Milliarden Dollar (das ist fast die Gesamtsumme der Einnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde im gleichen Zeitraum). Damit wurde die ökonomische Basis Palästinas nachhaltig beschädigt bzw. vernichtet.

Die dramatische Wirtschaftslage der Palästinenser

und der Finanzboykott gegen ihre Hamas-Regie- rung



ERICH FRIED

Als von Hitler vertriebener Jude und in der Welt herumgekommener Schriftsteller

erkläre ich meine Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Alle Welt ist aufgerufen zu verhindern, daß Terror und Unrecht eskalieren.

Die Juden sind aufgerufen, sich laut gegen die Verbrechen zu wenden, die in ihrer aller Namen begangen werden.

Die Deutschen sind aufgerufen zu helfen:

Ohne Hitler wären nie genug verbitterte Einwanderer gekommen, um die Palästinenser so unterdrücken zu können.

Die Amerikaner sind aufgerufen, ihren israelischen Satelliten nicht weiter rasen zu lassen.

Alle Welt muß endlich offenen Auges Solidarität üben. Der Terror muß aufhören.

Freiheit und Selbstbestimmung für die Palästinenser!

Die Weltbank schätzt die Schäden, die durch die Zerstörung an privater oder öffentlicher Infrastruktur und Eigentum vom Oktober 2000 bis Dezember 2002 angerichtet wurden, auf 1,7 Milliarden Dollar. Rechnet man die Schäden aus dem Jahr 2003 und der ersten Hälfte von 2004 hinzu, ergibt sich ein Gesamtschaden von 2,2 Milliarden Dollar. Das entspricht etwa 19 Prozent des palästinensischen Kapitalstocks von 1998. Mit anderen Worten: Ein Fünftel der ökonomischen Basis war schon 2004 infolge von Krieg und Besetzung zerstört. Der palästinensischen Wirtschaft werden immense zusätzliche Verluste – zugefügt durch eine chronische Korruption, Misswirtschaft und Vetterwirtschaft, worüber keine zuverlässigen statistischen Daten verfügbar sind und an denen leider auch hohe und sogar höchste Beamte der Autonomiebehörde beteiligt sind. Diese prekäre Situation der palästinensischen Wirtschaft wird durch den Bau der Mauer zwischen Israel und dem Westjordanland zusätzlich verschärft. Nur 10 Prozent der geplanten Linienführung dieser Mauer folgt der Grünen Linie (Grenze von 1967), der Rest dringt 22 Kilometer tief in das Westjordanland vor, betrifft

über 975 Quadratkilometer oder 17 Prozent des Gebietes und schließt 20 Prozent der Bevölkerung des Westjordanlandes ein. Insgesamt werden 2800 Hektar Land den Palästinensern durch den Bau der Mauer durch Israel entwendet. Die negativen Folgen, die daraus für die palästinensische Landwirtschaft erwachsen, sind enorm. Das Land, das für den Bau der Mauer enteignet wurde, gehört zu den reichsten und fruchtbarsten landwirtschaftlichen Flächen im nördlichen Westjordanland. Es dürfte einschließlich einiger der besten Wasserquellen für die palästinensische Wirtschaft verloren sein. Insgesamt werden 238 km² Land oder 13 Prozent der kultivierten Flächen im Westjordanland und Gaza-Streifen zwischen der Grünen Linie und der Mauer isoliert. Der Bau der Mauer droht zu einer Reduktion der produktiven Kapazitäten der Landwirtschaft um 20 Prozent zu führen. Nachteilig für die palästinensische Wirtschaft ist auch die Tatsache, dass der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt schneller wächst (von 93% in 1999 auf 104 in 2003) als der Anteil der Investitionen am DIP (von 43% in 1999 auf 15% in 2003). Der Verbrauch liegt um 60 Prozent über der

inländischen Produktion.

Das alles hat verheerende Folgen für das Zahlungsbilanzdefizit der Palästinenser. Es ist von 144 Millionen Dollar 2002 auf 375 Millionen 2003 oder von 5 auf 11 Prozent des Nationaleinkommens gestiegen.

Weltbank und UNCTAD schätzen ein, dass das Handelsbilanzdefizit mit Israel für etwa 60 Prozent des gesamten Defizits 2003 verantwortlich war, was weniger ist als der Durchschnitt der Jahre 1995-1998. Für Israel spielt der Handel mit Palästina demgegenüber nur eine marginale Rolle (25% des gesamten israelischen Handels).

Die Palästinensische Behörde ist unter diesen misslichen Wirtschaftsbedingungen elementar auf die Unterstützung von Geberländern (vor allem aus dem Bereich der Arabischen Liga) und der internationalen Organisationen angewiesen und wäre ohne sie nicht lebensfähig.

Boykott, um Hamas zu untergraben, geht nicht auf

Nach dem finanziellen Boykott der USA, Israels und der EU gegen die Hamas-Regierung, die aus den Wahlen im Januar 2006 hervorgegangen ist, hat sich die Wirtschaftslage der Palästinenser dramatisch verschärft. Diese neue Lage erinnert an den Irak zu Zeiten des UN- und US-Embargos vor dem Irakkrieg. Überall fehlt es im Westjordanland und im Gaza-Streifen an Nahrungsmitteln, an Medikamenten, Benzin und das Wasser wird knapp. Die Krankenhäuser können nur noch Notfallpatienten versorgen.

Wohl wissend, dass die Hamas ihnen die kalte Schulter zeigen wird, verlangen die USA, die EU und andere internationale Geber von der neu gewählten Hamas-Regierung drei Zusagen, um ihren Finanzboykott zu lockern. Die Hamas müsse der Gewalt abschwören, den Staat Israel anerkennen und die zwischen Israel und der palästinensischen Autonomieverwaltung unterzeichneten Vereinbarungen einhalten. Nach der Lesart der Hamas bleibt erstens der Widerstand gegen die Besatzung ein internationales legitimes Recht jedes überfallenen Volkes, Zweitens weigert sich die Hamas, einen Staat anzuerkennen, der ihr Territorium unter militärischer Besatzung hält. Jede völkerrechtliche Anerkennung Israels durch die Hamas würde auch die Anerkennung bzw. Akzeptanz dieser Sachlage bedeuten. Drittens würde nach der Logik der Hamas eine auf beiden Seiten noch ausstehende Anerkennung der in den neunziger Jahren unterzeichneten Vereinbarungen zwischen der Palästinenserbehörde und Israel einer Anerkennung des Staates Israel gleichkommen ...

Dieser gravierende Finanzboykott zielt gleichzeitig darauf, die Autorität der Hamas zu untergraben, indem er für Spannungen zwischen der Hamas und der Fatah sowie zwischen Präsident Mahmud Abbas und der Hamas-Regierung sorgt. Die unmittelbaren sozialen Konsequenzen dieses Finanzboykotts sind unübersehbar: 700 000 Palästinenser sind auf die



Gewalt produziert Gewalt. An Israel ist es, diese Spirale zu durchbrechen

Gehaltszahlungen der palästinensischen Autonomieverwaltung angewiesen; die palästinensische Autonomiebehörde ist Arbeitgeber für 70 000 Sicherheitskräfte, 40 000 Lehrer und 9000 medizinische Fachkräfte. Die Haushaltsausgaben dieser Behörde in Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar hätten auch 2006 wie 2005 durch drei Einnahmeposten abgedeckt werden sollen: 790 Millionen Dollar durch von Israel überwiesene – der Autonomiebehörde zustehende Zolleinnahmen, 350 Millionen Dollar durch das interne Steueraufkommen der Palästinenser, der Rest sollte aus internationalen Hilfsgeldern (darunter 500 Millionen Dollar aus der EU) kommen. Die Kasse der Autonomiebehörde ist buchstäblich leer, wenn auch einige wenige Staaten Hilfe zugesagt haben: Algerien (35 Millionen Dollar), Russland

(10 Millionen Dollar für das Gesundheitswesen), die Arabische Liga (70 Millionen), Katar (50 Millionen), Saudi-Arabien (20 Millionen), Iran (100 Millionen) und Libyen (50 Millionen). Ungeklärt bleibt jedoch bislang, wie man diese Gelder ins Land bekommt, da die Banken und vor allem die US-amerikanischen, unter starkem Druck stehen, keine Hilfgelder für die Hamas zu transferieren. Bislang hat dieser Finanzboykott seinen Vollziehern jedoch keine nennenswerten Erfolge gebracht:

- der angestrebte sozialpolitische Protest gegen die Hamas blieb weitgehend aus,
- das Vertrauen, das in den Wahlen der Hamas entgegengebracht wurde, blieb unangetastet,
- Hamas hat sich nicht unter Druck setzen lassen: vom Ausland nicht und vom Präsidenten Abbas nicht, indem sie seinen

konfusen Plan eines Referendums als Ganzes zurückwies.

Die Hamas hat indessen auch eigene Forderungen formuliert:

- Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967, auch in Ost-Jerusalem,
- Auflösung der illegalen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und Abriss der Trennmauer sowie die Erlaubnis zur Rückkehr der Flüchtlinge und Entschädigungen.

Frieden nur durch Dialog auf Augenhöhe

Bedenkenswert in diesem Zusammenhang sind die Worte des Regierungssprechers in Gaza, Ghazi Named: „Wir haben den Europäern gesagt: Wir sind zu politischen Kompromissen bereit. Aber der Westen darf uns nicht immer neue Bedingungen aufdrücken. Und wie kön-

nen wir ein Abkommen akzeptieren, das Israel nach wie vor ablehnt (gemeint ist das Osloer Abkommen von 1993 – S. L.)? Wir sagen ganz klar: Wenn Israel die Resolution 242 akzeptiert (die UNO-Resolution fordert den Rückzug Israels aus dem 1967 besetzten palästinensischen und dem syrischen Golan-Gebiet – S. L.), tun wir es auch. Aber Israel sollte den ersten Schritt machen. Wir haben ja kein Land, das wir abtreten können. Das Einzige, was wir aufgeben können, ist unsere Sicherheit.“

Diese Stellungnahme des Hamas-Vertreters kann man, ja darf man nicht als die eines Betonkopfes abtun. Sie zeigt vielmehr, dass die Hamas einen weiten Weg zurückgelegt hat, seitdem sie einst den bewaffneten Widerstand zur Rückgewinnung von ganz Palästina propagiert hat. Es hat Jahre gedauert, bis sie die politische Bühne betrat und die Palästinensische Autonomiebehörde anerkannte, die ja ein Produkt des Osloer Abkommens war, das von der Hamas bis dahin als „Ausverkauf Palästinas“ bezeichnet wurde. Sie hat 2005 in der „Kairoer Erklärung“ die PLO anerkannt. Dadurch hat sie bewiesen, dass sie lernfähig und zu Kompromissen bereit ist.

Es wäre gut, sowohl für die Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts als auch für den Frieden im Nahen und Mittleren Osten, würde man die Hamas als die Regierung der Palästinenser wahrnehmen lernen, die aus den von den USA, der EU und der Völkergemeinschaft gewollten Wahlen im Januar 2006 als Sieger hervorgegangen ist.

Nicht politische Demütigung der Hamas und Finanzboykott gegenüber den Palästinensern scheinen die vernünftigen Wege zu sein, dem Frieden und der Sicherheit in der konfliktreichen Nahostregion eine Chance zu geben, sondern einzig und allein der konstruktive Dialog auf gleicher Augenhöhe. Je schneller, desto besser für alle.

Eigentum verpflichtet

LN. BOLIVIEN. Vor den soeben stattgefundenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung in Bolivien kündigte Berlin (konkret das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) an, Einfluss auf die Erarbeitung der neuen bolivianischen Verfassung nehmen zu wollen, so berichtet *german-foreign-policy.com*. Kein Wunder, wird dem Verfassungsprozess doch hohe Bedeutung nicht zuletzt für Verstaatlichungs-Pläne der neuen Regierung in La Paz zugeschrieben. Die werden zwar von einer breiten sozialen Bewegung getragen, laufen aber ausländischen Konzerninteressen zuwider. Mehr noch, deutsche „Entwicklungsorganisationen“, die sich in die praktischen und inhaltlichen Vorbereitungen einmischen werden, haben in den vergangenen Jahren bereits Privatisierungs-Maßnahmen gegen Proteste großer Bevölkerungsteile durchgesetzt. Während das aktuelle deutsche Vorgehen über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gesteuert wird, gründen frühere Berliner Einflussversuche vor allem auf dem bolivianischen Milieu deutscher Auswanderer („Auslandsdeutschum“) und auf deutschen Militärstrukturen in dem südamerikanischen Land. Beide Faktoren schufen Voraussetzungen, die es dem in Frank-

reich dreimal zum Tode verurteilten deutschen NS-Verbrecher Klaus Barbie ermöglichten, in Bolivien unterzutauchen und dort für mehrere Putschistenregime die Aufstandsbekämpfung zu organisieren.

Barbie, während des Zweiten Weltkriegs Gestapo-Chef in Lyon, war für die Deportation von Jüdinnen und Juden verantwortlich gewesen und hatte sich an Folter und Ermordung von Widerstandskämpfern beteiligt. In Bolivien half er auf brutale Weise, soziale Unruhen zu ersticken und die Eliten des Landes gegen protestierende Massen zu sichern: Er stellte seine zu NS-Zeiten erworbenen Folterkenntnisse mehreren bolivianischen Militärdiktatoren zur Verfügung. Als sich im November 1964 der General René Barrientos Ortuno an die Macht putschte, erhielt Barbie die staatliche Zuständigkeit für Innere Sicherheit und Aufstandsbekämpfung. Unter Hugo Banzer arbeitete er mit dem Titel eines Oberst ad honorem als Ausbilder und Berater der Sicherheitskräfte. Im Jahr 1980 schließlich unterstützte der als „Schlichter von Lyon“ bekannte NS-Verbrecher den Staatsstreich des Generals Luis García Meza. Erst als im Januar 1983 eine demokratisch gewählte Regierung ins Amt gelangte, konnte Barbie an Frankreich ausgeliefert werden.

Doppeltes Kongo-Spiel

Bundesregierung reaktivierte Mine, Soldaten zeitgleich losgeschickt

LN. KONGO. Während die ersten deutschen Truppen in der Demokratischen Republik Kongo eintreffen, reaktiviert Berlin bereits die Nutzung einer von der Bundesregierung kontrollierten Mine im Osten des Landes. Unbestätigten Presseberichten zufolge, soll sich der deutsche Wirtschaftsattaché in Kinshasa kürzlich zu Gesprächen mit Somikivu-Geschäftsführer Modé Makabuza in Nord-Kivu aufgehalten haben. Makabuza selbst gibt gegenüber der Redaktion von *german-foreign-policy.com* an, sich mit deutschen Diplomaten abzustimmen. Auf die Frage, ob er in Sachen Somikivu mit der deutschen Botschaft in Kontakt stehe, antwortete er: „Ja.“ Ihm zufolge ist die Botschaft mit seiner Tätigkeit einverstanden („d'accord“). Makabuza, den man der Umgebung des Staatspräsidenten Ruandas zuordnet, steht einer von der UNO mit Strafmaßnahmen belegten Bande von Waffenschleppern nahe und gewährt von der UNO gesuchten Kriegsverbrechern Unterschlupf. Der Firma Somikivu wird von den Vereinten Nationen vorgeworfen, seit dem Jahr 2000 unter der Kontrolle proauandischer Rebellen gearbeitet zu haben und damit in die Finanzierung des kongolesischen Bürgerkriegs verwickelt gewesen zu sein. Darin gründen aktuelle Befürchtungen,

das Unternehmen könne erneut prorauandische Milizen stärken.

Der Internet-Dienst german-foreign-policy informiert weiter, das schon zwei Wochen vor der Entsendung des Bundeswehr-Hauptkontingents die Stimmung im Kongo gegen Berlin zu eskalieren drohte. Beobachter beschreiben „fiebrige Emotionen“, die sich blitzartig gegen alle Weißen im Lande richten könnten. Demonstranten forderten ein Ende der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes gefordert und drohten Soldaten der europäischen Eingreiftruppen zu töten. Und wörtlich: „*Besondere Vorwürfe werden in der kongolesischen Presse gegen Deutschland erhoben, das die EU-Truppen vom Potsdamer Einsatzführungskommando aus leitet. Berlin hat nicht nur die größte Oppositionspartei UDPS gegen sich, die über zahlreiche Unterstützer in den Armenvierteln Kinshasas verfügt; die UDPS boykottiert die kommenden Wahlen und gibt an, von den EU-Staaten ins Abseits manövriert worden zu sein, da diese ihre Geschäfte mit den gegenwärtigen Regierungsfractionen fortführen wollten. Zudem wird die Bundesregierung verdächtigt, ihre lang-jährige Unterstützung für abspaltungsLN. willige prorauandische Kräfte im Osten des Landes fortzusetzen.*“

Anspruchsvoll schloss das Gewandhausorchester seine diesjährige Anrechtsspielzeit mit Franz Schuberts

„Unvollendeter“ und Dmitri Schostakowitschs „Zehnter“. Die durch 130 Jahre getrennten Werke verbindet mehr, als es auf den ersten Blick scheinen will. Schubert fand für sein von Schmerz, Sehnsucht und Liebe erfülltes Werk in der mit den

Von **WERNER WOLF**

„Karlsbader Beschlüssen“ verschärfte Restaurationszeit der 1820er Jahre keine Finallösung und brach es nach Skizzen zu einem Scherzo als 3. Satz ab. Schostakowitsch sah sich nach den erneuten Repressalien des Jahres 1948 auch in dem bald nach Stalins Tod geschaffenen Werk erneut außerstande, ein sinfonisches Allegro und ein von ihm erwartetes glorioses Finale zu schreiben. Auch sein Werk durchfurchen Schmerz und Trauer, aber auch entschiedenes Aufbäumen gegen ge-

Von Monteverdi bis Schostakowitsch

schehenes Unrecht. Mit dem aus seinen Initialen gebildeten D-ES-C-H Motiv steigert er sein Aufbegehren mit gebieterischer Energie. Nach (allzu) langer Pause war der in Leipzig geborene, längst international gefragte Dirigent Claus Peter Flor wieder als Gastdirigent des Gewandhauses zu erleben. Er gestaltete die Konflikte beider Werke mit aller Härte, ihre Tragik und ihre Sehnsucht nach Menschlichkeit mit ergreifenden Ausdruck. Ein tief bewegender Abend.

Eine Woche später war das Gewandhausorchester nach der buchstäblich ins Wasser gefallenen Operngala doch noch im Rosental mit amerikanischer und englischer Musik zu hören, vom englischen Gast Sir Andrew Davis souverän in der gelösten Stimmung der sommerlichen Londoner „Proms“ geführt. Die über 4000 Zuhörer gingen mit, klatschten in Henry Wodds Liedfantasie im Rhythmus mit

und sangen schließlich im Trio des ersten „Pomp and Circumstance“-Marsches von Edward Elgar mit – wie die Londoner bei den „Proms“.

Auch das MDR-Sinfonieorchester beendete seine Saison heiter. Da wurde im „Zauber der Musik“ das überdimensionale, aus Bambus bestehende australische Didgeridoo von Eckart Wiegrabe in Peter Sculthorpes „Earth Cry“ klingend vorgeführt, spielten Andreas Hartmann virtuos den Solopart von Maurice Ravel's „Tzigane“ und Walter Klingner den von Elliot Carters Englisch-Horn-Pastorale. Sogar eine mitreißende Uraufführung, den hintergründigen Galopp aus Wilfried Krätzschmars neuer Sinfonie, gab es in diesem von Roger Epple überlegen geführten, mit Ravel's Bolero beschlossenen Konzert. Eine Woche danach eröffnete Fabio Luisi mit Sinfonieorchester und Chor den MDR-Musiksommer in einem vom Fern-

sehen übertragenen Konzert auf dem Halleschen Markt – im Mozart-Jahr mit einem Mozart-Programm.

Martin Krumbiegel führte mit dem Leipziger Oratorienchor und der Capella Fidinicia in der Neuschönefelder Kirche „Zum heiligen Kreuz“ Claudio Monteverdis Marienvesper höchst beeindruckend auf – eine der bedeutendsten Schöpfungen des frühen 17. Jahrhunderts vom Umfang und Format der Messe h-Moll Johann Sebastian Bachs. Im Schloss Schönefeld wartete die Chursächsische Capelle Leipzig mit Suiten, Konzerten und Kammermusik von Georg Philipp Telemann, Georg Muffat, Francois Couperin und William Corbett auf.

Zu guter Letzt gab es – **Z**obwohl im Jahresspielplan nicht vorgesehen – im Kellertheater noch eine Premiere der Reihe „Oper am Klavier“ mit Bedrich Smetanas hier kaum bekannter Musikkomödie

„Zwei Witwen“. Naiv dreht sich alles um die trauernde Witwe Agnes, ihren in Liebe schmachtenden Verehrer Ladislav, die auf das Zusam-

menkommen beider bedachte Witwe Karoline und den einfältigen Gutsheger Mumlal. Entscheidend ist, wie Smetana diese Harmlosigkeit in Musik setzte, nämlich mit großem melodischen, rhythmischen und klanglichen Reichtum. Wichtig auch, wie das szenisch-musikalisch umgesetzt wird. Wie in anderen Keller-Aufführungen tun es die für die gesamte Einrichtung des auf 75 Minuten zusammengedrängten Stückes die verantwortlich zeichnende Gundula Nowack, der Pianist Hans-Georg Kluge, Hendrikje Wangemann als Karoline, Anne-Marie Seager als Agnes, Martin Petzold als Ladislav und Erwin Noack als Heger. Alle mit erheiternder Spielfreude und intensivem musikalischen Ausdruck. Kostüme und Dekoration ergänzen die stimmige Atmosphäre dieses launigen Abends. So einfach und vergnüglich kann Oper auch sein.

Das Schillerhaustheater hat sich den Verwicklungen um die schöne Luise Millerin angenommen und spielt „Kabale und Liebe“ unterm Sommerhimmel. Die Inszenierung von Detlef Rogge, einem gestandenen Opernregisseur, überzeugt durch Spiellust, Professionalität und Symbolik. Zwischen roter Rose und blauem Vergissmeinnicht-Sträußchen entwickelt sich das bürgerliche Trauerspiel. Johanna Scholz im himmelblauen Abendkleid als Luise: somnambul, der tristen Welt entrückt, auf höheren Sphären der Liebe schwebend. Konrad Walzbeck spielt den liebenden Ferdinand: spritzig, draufgängerisch, den Vater-Sohn-Konflikt in heutige Zeiten holend.

Ein kleines Jubiläum ist aus dem Theater Fact zu vermelden. Die 15. Sommertheaterpremiere ist über die Bühne gegangen. Chefin und Regisseurin Ev Schreiber hat dafür eine selten gespielte Komödie von William Shakespeare ausgesucht: „Ende

gut, alles gut“. Sommerlich deftig und mundgerecht aufbereitet ist die Textfassung von Ev Schreiber die ideale Ergänzung für einen schwülen Sommerabend. Helena liebt Bertram. Bertram liebt Diana.

Sommerlieben

Der Stoff, aus dem Konflikte gewoben sind. Robert Prinzler zeigt keinen heldischen Bertram, sondern ein bindungsunfähiges Muttersöhnchen. Zerbrechlich und rasend vor Eifersucht: eine wunderbare Fanny Görmar als Helena. Isabell Korda spielt die reizende Diana, die aus einem nicht ganz ehrbaren Beherbergungsbetrieb stammt.

Das Schauspiel Leipzig ist wieder zu Gast im Gohliser Schlößchen. Da gibt es Stücke, die tauchen Jahre nicht auf den

Spielplänen auf und plötzlich werden sie von mehreren entdeckt. So passiert es, dass zeitgleich in Magdeburg und Leipzig „Der Streit“ von Pierre Carlet de Chamblain de Marivaux (1688 – 1763) präsentiert wird. Im Mittelpunkt steht die verfängliche Frage: Kam die Untreue zuerst von der Frau oder vom Mann? Lösung soll ein Experiment bringen. Jungs und Mädchen werden 18 Jahre ohne Kontakt zueinander aufgezogen und dann aufeinander losgelassen. Regisseur Albert Lang lässt mit philosophischem Ernst und heiterer Distanz den Ursprung von Liebe, Untreue, Eifersucht und Zickigkeit erkunden. Die jungen Damen Eglé und Adine entpuppen sich als Rivalinnen und Verführerinnen. Silvia Weiskopf als Eglé: von naiv-unschuldig bis zickig-derb reicht ihr Repertoire. Mit viel Selbstverliebtheit und Sinnlichkeit statet Marlène Dunker ihre Adine aus.

• D. M.

Dieser Tage las ich etliche Fernsehrezensionen des Jahrgangs 1961. Geschrieben von einem Anonymus namens *Telebär* in der damals vielgelesenen *Neuen Berliner Illustrierten* (NBI). Der Schreiber ärgerte sich mächtig über einige Unterhaltungssendungen des *Deutschen Fernsehfunks* aus Adlershof. Er warf besonders vielen Faschingsbeiträgen im Februar des Jahres – ich zitiere – „Rummelplatz-Journalismus“ vor. Nicht denken, nicht fragen. Nur draufhalten, nur lachen, nur blödeln. 45 Jahre danach hat das Medium, wenn auch aus anderem Anlass und in ganz anderer Organisationsform, offensichtlich nichts dazugelernt und gibt sich erneut unwahrscheinlich rummlig. Ich kann trotzdem nicht begreifen, warum einem Millionenpublikum dieser Tage Abend für Abend winkende, angetrunkene, grölende Fans auf dem Bildschirm zugemutet werden. Zwischen den „Fahnen“ unterschiedlichster Art ein hilfloser Reporter, der nichts fragt, den man nicht hört und auf den keiner hört. Bei diesem Rummelplatz-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Rummelplatz

Von **MICHAEL ZOCK**

Journalismus verkommen sensible Mikrofone zu Stimmungskanonen, die fast auf jeden gehalten werden, der etwas sagen will, obwohl er nichts zu sagen hat. Welcher Medienberater hat denn Frau Angela und ihrem Präsidenten eingeflüstert, Tipps zu Fußballergebnissen abzugeben? Gerade in diesen Tagen, wo auf dem Spielfeld zwar Tore entscheiden, sich aber im Bundestag die große Koalition ganz andere Bälle zuspült? Und die werden uns bald hart treffen. Fast alle Sender fragten: Hat die Kanzlerin nicht einen Platz für

Klinsi am Kabinettstisch? Er könnte Deutschland doch nett voranbringen. Man kann sowas ja überhören. Aber was wäre, wenn in diesem Land tatsächlich wie auf dem Fußballfeld regiert würde? Wer käme auf die Strafbank? Wie lange wird gedribbelt? Wer tritt nach? Wer wird gar schwer verletzt? Wer bekommt Millionen?

Sind wir nicht doch schon soweit? Jürgen, der Kanzler unserer Herzen. Selbst wenn alle Jubler es wollten – der Bäcker Klinsmann bleibt bei den Brötchen, die er wirklich backen kann. Ein Fernsehkanal stahl am letzten WM-Sonntagmittag ARD und ZDF nicht die Show, aber strahlte wenigstens einen winzigen Hauch deutscher Realität aus. Einerseits: Jubel vor dem Brandenburger Tor. Andererseits: Auf der unteren Bildleiste liefen hurtig die Fakten zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsreform, zum Koalitionsstreit durch. Wo bitte? Auf Phoenix! Gesehen und gelesen haben das vielleicht zwei Prozent. Spüren werden es garantiert mehr.

Entdeckenswert

KUNSTSTOFF

Der Versuch lohnt, sich mit diesem speziellen „Kunststoff“ zu befassen. Ein Zeitschriftentitel der – überlegt und gut gewählt – eine Verführung in die sächsische Kulturszene verspricht und dieses Versprechen auch hält. Mut gehört für Jonas Plöttner und seinen Leipziger Verlag schon dazu, ein solches immerhin 60-seitiges Magazin für BUCH-BÜHNE und BILD anzubieten.

Besonders wohltuend für nicht mehr ganz so junge Augen die unaufgeregte Anordnung der Themen, ohne bieder zu wirken. Man entdeckt spannende Interviews, Kurzgeschichten, Leseproben und sogar schon eine Ausschreibung zum KUNSTSTOFF-LITERATURWETTBEWERB. Und letzteres auf eine sympathisch bescheidene, originelle Art, die dem mdr-Konkurrenten durchaus Paroli bieten kann. Man wird sehen ... nein, wohl eher lesen. Hoffentlich! Gibt es denn gar nichts zu nörgeln? Kleinigkeiten. Bitte beispielsweise nicht wieder, wie in der Nullnummer geschehen, ein Foto zeitlich fälschen. Der wissende Betrachter merkt ohnehin, dass die Aufnahme vom Leipziger „Capitol“ nicht aus dem Jahr 1955 stammen kann, auch wenn sie farblich auf „alt“ friert wurde. Solche Tricks schaden der Qualität des „Kunststoffes“ insgesamt.

• - CK

Verschiedene Generationen, insgesamt 40 Autoren aus Ost und West, haben ein erstaunliches Handbuch vorgelegt. Es ist der erste Versuch, die Geschichte beider deutscher Staaten parallel „sachlich, fair und gleichberechtigt darzustellen“, wie der Mitherausgeber Clemens Burrichter, langjähriger Direktor des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen, über dieses Projekt berichtete. Es ist ein Buch, das die deutsch-deutsche Geschichte im Widerspruch von Teilung und Einheit als Gesamtgeschichte der Deutschen in Ost und West vermittelt, wodurch nicht nur die Unterschiede, sondern auch Gemeinsamkeiten deutlich werden. Mehr noch, wie Burrichter betont: „Jedenfalls entdeckte ich, je intensiver ich mich mit der DDR befasste, neben den totalitären Seiten auch interessante gesellschaftstheoretische Aspekte.“ Damit befinden sich die Autoren im absoluten Widerspruch zu den Kräften, die bis heute auf dem Gebiet der Historie den Kalten Krieg gegen die DDR fortführen und damit die deutsche Zeitgeschichtsschreibung als Magd konservativer Politik betreiben. Der erteilte politische Auftrag, die DDR zu delegitimieren, DDR und Nazireich terminologisch gleichzusetzen,

Deutsche Zeitgeschichte – fair, sachlich, differenzierend

trennt die Deutschen in West und Ost mit allen damit verbundenen politischen, kulturellen und sozialen Konsequenzen. Eine Anfrage von Petra Pau, Mitglied der Linksfraction im Bundestag, zum aktuellen Verfassungsschutzbericht beantwortete der parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier so, dass er offenbar „die Gleichsetzung der DDR mit dem Hitlerfaschismus für legitim und eine Differenzierung zwischen beiden Systemen für verfassungsfeindlich hält“ (Pau). Mit dieser politischen Prämisse soll eine sachliche und sachgerechte Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR behindert, nach Möglichkeit sogar verhindert werden. Umso mehr haben die Verfasser des vorliegenden Handbuches wissenschaftliche Courage bewiesen – und sind sich durchaus bewusst, welchen Angriffen sie sich damit ausgesetzt haben. Ihr methodologisches Konzept beinhaltet, eine analytische und keine chronologisch kommentierende Zeitgeschichtsforschung zu präsentieren. Ein historischer Überblick der Geschichte der beiden deut-

schen Staaten mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie des gesellschaftlichen Geschehens nach Überwindung der Zweistaatlichkeit leitet den Band ein. Danach werden Kernfragen der Entwicklung in beiden deutschen Staaten behandelt: die Deutschlandproblematik im internationalen Kontext; die politischen Systeme; die Rechtssysteme; Opposition und Widerstand; Kunst und Kultur; Medien und Medienpolitik; Produktivkraftentwicklung; Wissenschaft und Forschung. Dem schließen sich 23 spezifische Politikfelder an, darunter: Außenpolitik; innerdeutsche Beziehungen; Verteidigungs- und Sicherheitspolitik; Arbeits-, Gesundheits-, Frauen- und Familienpolitik; Jugend-, Bildungs- und Schulpolitik; Wissenschafts- und Forschungspolitik, Bauen und Wohnen; Umweltpolitik; Kirchen und Religionsgemeinschaften. Danach folgt der übliche wissenschaftliche Apparat und das Autorenverzeichnis. Ergänzt wird der Band durch eine hilfreiche CD-ROM „Chronologie

1945 bis 2000 und Gesamtbibliographie“.

Damit hat der Dietz Verlag Berlin, anknüpfend an die Handbücher *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik* (1997) und *Die Parteien und Organisationen der DDR* (2002), eine weitere editorische Leistung vollbracht, an der die facettenreiche deutsche Zeitgeschichtsschreibung nicht vorbeigehen kann. Dass bei einem derartig umfassenden Versuch, sowohl die Eigenständigkeit beider Staaten als auch die deutsch-deutschen Wechselbeziehungen unter einen Hut zu bringen, Kritikpunkte nicht ausbleiben, liegt auf der Hand. Das sind – trotz des verständlichen Muts zur Lücke – zum einen fehlende Untersuchungsfelder, wozu die Haltung beider deutscher Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen sowie zum Anti- und Neofaschismus im Nachkriegsdeutschland gehören. Zum anderen sind Auffassungen zu hinterfragen wie die im Vorwort vertretene, dass das Handbuch „Bestandteil und Anregung für die politische Bildung in einer Übergangsgesellschaft“ sein soll.

„Die heutige Gesellschaft“, so heißt es, „ist durch die internationalen und nationalen technologischen Umbrüche zu einer Übergangsgesellschaft mutiert, für die eine paradigmatisch neue Gesellschaftstheorie mit einem neuen definierten Wertesystem noch aussteht.“ Das sind Veränderungen *innerhalb* des Turbokapitalismus im Zeitalter der Globalisierung. Diesen Prozess als „Übergangsgesellschaft“ zu bezeichnen, trifft m. E. nicht eindeutig das Wesen dieser Entwicklung.

Diejenigen, die das bisherige Fehlen einer aus gesamtdeutscher Sicht verfassten Zeitgeschichte vermisst haben, werden das Buch zu schätzen wissen. Die einzelnen Politikfelder werden ihre Nutzer und – wenn nötig – Kritiker finden.

Der Karl Dietz Verlag Berlin, dem man zu dieser Publikation gratulieren kann, hat sich bereits einem neuen Handbuch zugewandt. Es trägt den Titel: *Spaniens Himmel ... Deutsche an der Seite der Spanischen Republik 1936 – 1939*.

• **KURT SCHNEIDER**

Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Karl Dietz Verlag Berlin 2006. 1350 S., 98 Euro

Ein Leben für die Hoffnung

Kriegsfeinde auf der ganzen Welt kennen seine aufsehenerregenden unwiderlegbaren Nachweise des Verbrechens, dass die USA und England 1991 im Golfkrieg gegen den Irak erstmals uranabereicherte Munition verschossen – ohne Skrupel, dabei bei Zivilisten wie bei eigenen Soldaten schlimmste Strahlenschäden bis in deren Erbgut hinein zu verursachen. LEIPZIGS-NEUE-Leser sind gut informiert über das mutige Wirken dieses Arztes, Wissenschaftlers und zeitweiligen Wegbegleiters Albert Schweitzers im Urwaldhospital Lambaréné. Kurz vor dem Ende der DDR suchte Prof. Horst-Siegwart Günther, der international hoch geschätzte Mann mit den sechs akademischen Graden, Zuflucht in der DDR vor Diskriminierung, Verfolgung, Ausgrenzung. Altruismus, Sensibilität für die Leiden der anderen, der Schwächeren zahlen sich nicht aus in einer Wolfsgesellschaft. Dabei begann erst in den folgenden Jahren, nachdem er 1990 eine Professur in Bagdad angenommen hatte, eine schier unvorstellbare Hatz auf den damals 66-jährigen, die jedes Thrillers würdig ist. Als der Faschismus schon in seinem Todeskampf lag, wurde er in der Prinz-Albrecht-Straße noch gefoltert, überlebte schließlich das KZ Buchenwald. Später entging er Anwerbungsversuchen des Bundesnachrichten-



dienstes, stand nun im wahrsten Wortsinn auf der Abschussliste. Nachdem er mehreren Mordanschlägen entgangen war, sollte er in die Psychiatrie verbannt werden. Ja, die Bundesrepublik Deutschland will aufrechte Friedenskämpfer auf solche entwürdigende Weise mundtot machen.

Und doch kämpft Günther weiter. Der Eid des Hippokrates, so sagt er, ist an kein Alter gebunden. Wohl aber an die Würde. Und die kann dem Arzt niemand nehmen. Auch, wenn es schier unvorstellbar ist, was dieser sensible Mann auszuhalten hatte – und hat.

• **M. WARTELSTEINER**

Siegwart-Horst Günther: Zwischen den Grenzen. Mein Leben als Zeitzeuge. verlag am park, Vertrieb über www.edition-ost.de, 258 S., 14,90 Euro

Virtuoses Erzählen

Es sei dahingestellt, ob die Insel Föhr im Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer den Folgen einer gigantischen Flutwelle ihr heutiges Ausmaß verdankt oder ob über den Zeitraum von Jahrhunderten die tägliche Ausspülung durch die Gezeiten das Inselvolumen gemäß dem steten Tropfen minimiert hat. Dem jungen Autor Olaf Schmidt jedenfalls ist mit seinem auf der Insel Föhr handelnden Debüt „Friesenblut“ ein großer Wurf gelungen, einer freilich, der nicht ad hoc gekommen ist. Fleiß, Ausdauer, Akribie, Wissen und vor allem die Spielarten eines gewandten Erzählers sind eingeflossen. Zudem ist das Buch gut gestaltet und zeigt eingangs Bilder von Inseln und -leuten.

Der Roman „Friesenblut“ hätte wohl einen anderen Titel als diesen verdient. Denn hier wird nicht die gleichnamige, schäbige, im Buch zitierte Vorlage eines Heimattümlers fortgeschrieben. Vielmehr öffnet Olaf Schmidt dem Leser ein Panorama komplizierter und wohl deshalb höchst individueller Lebens(ver)läufe. Fazit: Die Geschichte ist nicht aus der Welt, wo immer man sich auch befindet. Und das gilt wohl für jüngere deutsche Geschichte im besonderen Maße.

Schmidt, ein studierter, promovierter Germanist, verfügt über ein reichhaltiges Arsenal an Handwerkszeug und lässt seinen Protagonisten Anselm Olufs nach Jahren der Ausbildung zurückkehren auf die Insel Föhr, auf welcher er bei den Großeltern aufgewachsen ist, nachdem Mutter und Vater bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen sind. Schmidt braucht diesen Punkt in seiner Prosa, wiewohl dieser durch Ebbe und Flut kein stabiler ist. Also fabuliert er, wo immer es sich anbietet, beschränkt sich selbstverständlich nicht auf

die zweite Ebene der Erinnerung des Anselm Olufs. Es kommt noch eine dritte und vierte Ebene hinzu. Fast hätte er auch noch vollständig die Lebensgeschichte des (relativ) jungen Pastors Jahn erzählt, des Freundes von Anselm. Und Pastor Jahn ist es auch, der Anselms Neugier geweckt hat, als er ihm mitteilte, dass auf der Insel plötzlich ein bisher unbekanntes Bild des 1839 verstorbenen (zu Lebzeiten schlichtweg verkannten) Malers Oluf Braren aufgetaucht sei. Anselm, der sich anschickt, über eben diesen Maler und Schulmeister Braren zu promovieren ...

Das Bild, das Anselm sichten durfte, ist am nächsten Tag verschwunden. Anselm fahndet mit Hilfe seines Freundes danach. Eine gehörige Anzahl Insulaner betritt so auf geschickte Weise die Szenerie. Föhr – dänisch oder preußisch? Auch diese Frage stellt sich und hat ihren Preis.

Als das Bild am Ende des Romans wieder hervorkommt und nicht nur von Anselm Olufs, sondern auch vom Braren-Experten Horst von Hippel, der die kunstgeschichtliche Sammlung im Schleswiger Landesmuseum kuratiert, in Augenschein genommen werden kann, stellt sich heraus, dass es nicht von der Hand Oluf Brarens stammt. Dieser besitzt eine künstlerische Handschrift, die (zumindest für den Spezialisten) erkennbar ist. Etwas, was sich nach diesem bemerkenswerten Debüt vom Autor dieses Buches leider nicht so ohne weiteres sagen lässt. Sein Erzählen hat die Crux, dass die eigene Tonlage auf der von Anleihen überlagerten Erzählstrecke bleibt.

• **RALPH GRÜNEBERGER**

Olaf Schmidt: Friesenblut. Eichborn Berlin, 2006, 272 S., 19,90 Euro

Die erste Hälfte des Jahres 1961 stand im Zeichen des sich verschärfenden Kalten Krieges zwischen den Supermächten und zeitigte dramatische Auswirkungen an der Nahtstelle zwischen NATO- und Warschauer-Vertrags-Staaten. Der Spionageflug des US-Piloten Powers über der Sowjetunion am 1. Mai 1960 hatte eine vorherige Entspannungphase zwischen Sowjetunion und USA abrupt beendet. US-Präsident Eisenhower verweigerte eine Entschuldigung gegenüber der Sowjetunion und ließ die Gipfelkonferenz in Paris platzen, auf der auch über einen Friedensvertrag mit Deutschland verhandelt werden sollte. Im April 1961 erlebte der neue US-Präsident Kennedy mit der gescheiterten Landung der kubanischen Konterrevolutionäre in der Schweinebucht eine empfindliche Niederlage.

Dann spitzte sich die Lage um und in Deutschland dramatisch zu. Die Partei- und Staatsführung der DDR hatte im Frühjahr 1960 auf die umgehende vollständige Vergenossenschaftung der Landwirtschaft gedrückt. Die damit verbundene Problematik, einige Versorgungsengpässe und die massierte Abwerbung von DDR-Bürgern – insbesondere von hochqualifizierten Facharbeitern und Akademikern – führte zu einer enormen Fluchtbewegung in die Bundesrepublik. Hinzu kamen gefährliche politische und militärische Aktionen, die in Verbindung mit verstärkter psychologischer Kriegsführung – vor allem seitens der Bundesregierung – einen möglichen militärischen Konflikt inmitten Europas, inmitten Deutschlands heraufbeschwören

Vor 45 Jahren spitzte sich der Kalte Krieg dramatisch zu

Und doch verhinderte der 13. August den heißen Krieg

konnten. Den neuralgischen Punkt stellte dabei Berlin mit der offenen Grenze der DDR und des Ostteils der geteilten vormaligen deutschen Hauptstadt zu den Westsektoren dar.

Worin bestanden herausragende Höhepunkte dieser dramatischen Phase des Kalten Krieges?

Bundeskanzler Adenauer traf sich Mitte Juli 1961 in Köln mit Mitgliedern seiner Partei, die für die BRD im Europarat saßen. Er beauftragte sie, im Europarat größere Geldmittel für Abwerbungen aus der DDR zu erlangen, und zwar über den „Sonderverbindungsausschuss für Flüchtlinge“ und den „Ausschuss für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen“. Bis dato hatte die Bundesregierung aus diesem Fonds bereits 4,5 Millionen Dollar und 11,1 Millionen DM erhalten.

Am 25. Juli 1961 gab USA-Präsident Kennedy bekannt, dass die amerikanischen Streitkräfte um 217 000 Mann verstärkt und die Einberufung von Wehrpflichtigen um mehr als das Doppelte erhöht werden sollten. Am 1. August 1961 stimmte der Senat der Erhöhung des Rüstungsbudgets um weitere 3,25 Milliarden Dollar zu und billigte außerdem eine Milliarde Dollar für den Bau von Atombomben und Raketen.

In der zweiten Julihälfte 1961 bereiste Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß die USA. Am 25. Juli 1961 verkündete er in Santa Rosa (Kalifornien): *Der Zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende.* Der westdeutsche Generalstab beabsichtigte die Erhöhung des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate, die Einberufung von Reservisten und traf Maßnahmen zur Erhöhung der Kriegsstärke der vorhandenen acht Divisionen von 80 auf 100 Prozent. Es wurde der unmittelbare Einsatz von organisierten Störtruppen vorbereitet, die von Westberlin aus über die offene Grenze in die DDR eingeschleust werden sollten, um dort Unruhen hervorzurufen. So sollte Westberlin faktisch zu einem Brückenkopf der NATO gemacht werden.

Welche Folgen zeitigte diese zugespitzte Phase des Kalten Krieges?

Man kann es drehen und wenden wie man will: Angesichts der um Berlin und an der Nahtstelle der beiden entgegengesetzten Militärpakt- und Gesellschaftssysteme entstandenen dramatischen Lage waren die Maßnahmen vom 13. August 1961 ein wirksamer Schritt dagegen, dass der Kalte Krieg zu einem möglichen heißen Krieg, zu einem dritten Weltkrieg eskalierte. Die gefährliche Situation

wurde entschärft und beruhigt. Aus dem Einmarsch der Bundeswehr in die DDR wurde es nichts.

Die führenden westlichen Politiker weilten zu jenem Zeitpunkt im Urlaub. Foy Kohler, Leiter der Berlin-Arbeitsgruppe im amerikanischen Außenministerium, erklärte am 13. August 1961: *Warten wir ab, wie sich die Dinge entwickeln. Schließlich haben uns die Ostdeutschen einen Gefallen erwiesen.* Der Flüchtlingsstrom war besorgniserregend. Aus der Sicht der Westmächte galten die Maßnahmen vom 13. August 1961 zum Teil als akzeptable Lösung der Berlin-Krise, durch die der Status quo und die Stellung der Alliierten in Westberlin unberührt blieben. US-Präsident Kennedy, der sich am 3. und 4. Juni 1961 mit KPdSU-Generalsekretär Chruschtschow in Wien getroffen hatte, hatte am 13. August 1961 gegenüber Mitgliedern der so genannten Berlin-Lenkungsausschüsse erklärt, die USA würden militärische Gewalt nur anwenden, wenn Westberlin direkt bedroht sein sollte.

Auf einem anderen Blatt steht, dass die Berliner Mauer die Trennung Deutschlands verfestigte und ein permanentes internationales Ärgernis darstellte. Das Menschenrecht auf Reisefreiheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger wurde auf Dauer eingeschränkt und das internationale Prestige der DDR untergraben. Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde, war das baldige Ende des Staates DDR vorprogrammiert.

• WINFRIED STEFFEN

Vor 70 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg

Als auch eine „Legion Condor“ Spaniens Himmel verdunkelte

Am 17. Juli 1936 putschte das Militär der Garnison Melilla in Spanisch-Marokko gegen die Regierung der Republik in Madrid. Am Tag darauf griff der Aufstand auf das spanische Festland über. Es begann der opferreiche spanische Bürgerkrieg. Die Ausrufung der Republik am 14. April 1931 hatte breite Teile der Bevölkerung mit Optimismus erfüllt. Die neue Verfassung vom 8. Dezember 1931 vollzog die Trennung von Staat und Kirche. Eine Schulreform galt der Bekämpfung des auf dem Lande stark verbreiteten Analphabetismus. Die in Angriff genommene Heeresreform sollte das aufgeblähte Offizierskorps reduzieren. Im September 1932 war eine demokratische Bodenreform eingeleitet worden.

Gegen diese revolutionär-demokratische Reformpolitik regte sich alsbald massiver Widerstand. Der Klerus fürchtete um seinen Einfluss und stellte sich offen – nicht ohne Erfolg – gegen die Republik. So hatten die Parlamentswahlen vom 19. November 1933 eine neue Mitte-Rechtsregierung zur Folge, die die teilweise steckengebliebenen Reformen abzubremsen bzw. rückgängig zu machen versuchte. Das führte u. a. 1934 in Asturien zu einem Aufstand der Bergarbeiter, der blutig niedergeschlagen wurde.

Mit dem Wahlsieg der Volksfront (Frente Popular) am 16. Februar 1936 begann sich eine Rückkehr zur Reformpolitik abzuzeichnen. Doch die der Republik feindlich gegenüber stehende Nationale Front (Frente Nacional) – ein Bündnis der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, des Klerus, der Monarchisten und Rechtsrepublikaner – fand sich mit ihrer Wahlniederlage nicht ab. Sie nahm die Ermordung des Monarchistenführers José Calvo Sotelo am 13. Juli 1936 zum Anlass zur Rebellion. Die Leitung des Aufstandes übernahm der junge General Francisco Franco, der bereits als Befehlshaber der Afrikaarmee den Arbeiteraufstand in Asturien mit äußerster Brutalität niedergeschlagen hatte.

Der Aufstand der Militärs, der in beträchtlichen Teilen des Landes erfolgreich verlief, traf die Regierung in Madrid unvorbereitet. Es erfolgte die Bewaffnung der Arbeiter zur Verteidigung der Republik. Die Hauptstadt, der gesamte



Plakat, das die Antifaschisten zum Kampf gegen die faschistischen Horden aufruft

Osten und große Teile des Südens blieben in den Händen der Regierung. Spanien war in zwei Zonen gespalten.

Während die Aufständischen von den faschistischen Regimes in Italien und Deutschland mit Waffen und Truppen unterstützt wurden, halfen der Volksfront-Regierung die Sowjetunion mit schwierigen Waffenlieferungen, Technikern und Staboffizieren sowie freiwillige Internationale Brigaden, darunter das erste Bataillon der XI. Brigade „Edgar André“ und das „Thälmann-Bataillon“ deutscher Kommunisten.

Insgesamt kamen mit bloßen Händen und heißen Herzen rund 60 000 Antifaschisten aus mehreren Ländern dem Kampf gegen den faschistischen Putsch zu Hilfe. Demgegenüber brachte Italien 80 000 Soldaten, 1000 Flugzeuge, 1000 Gefechtswagen, 2000 Kanonen, 10 000 automatische Waffen, 1400 Maschinengewehre sowie Schiffe und U-Boote zur Unterstützung Francos nach Spanien. Deutschland lieferte vor allem Panzer und Flugabwehrkanonen und setzte 600 Flugzeuge ein, die im Laufe des Krieges insgesamt 21 Millionen Tonnen Bomben über Spaniens Städte abwarfen. Rund 10 000 Soldaten nahmen in der Luftwafeneinheit „Legion Condor“, die 1937 durch ein Flächenbombardement die baskische Stadt Guernica auslöschte, an den Kampfhandlungen zur Erdrosselung der Spanischen Republik teil. Portugal unterstützte Franco mit 20 000 Soldaten und Kriegstechnik.

Zweidreiviertel Jahre leistete die Volksfront den in- und ausländischen faschistischen Feinden erbitterten Widerstand, eine Zeit, in der trotzdem in großen Teilen des Landes bedeutende revolutionär-demokratische Maßnahmen durchgeführt wurden, darunter die Beschlagnahme des Bodens der Großagrarien und der faschistischen Rebellen und seine unentgeltliche Übergabe an landlose und landarme Bauern.

Im März 1939 erlag jedoch die republikanische Regierung der faschistischen Übermacht. Dazu hatte auch das Münchener Abkommen vom September 1938 beigetragen. Durch die damit verbundene neue internationale Kräftekonstellation hatten die Interventen eine noch größere militärische Überlegenheit erreicht, wodurch die Reaktion im Inneren des Landes gestärkt worden war.

• KURT SCHNEIDER



Von
**KLAUS
HUHN**

Jeder Sportredakteur würde, am Tag des Redaktionsschlusses der LN vor die Wahl gestellt, mit Fußball oder der Tour de France zu beginnen, sich trotz der endlosen Tour-Fernsehübertragungen für das Thema Fußball entscheiden. Ich tue es allerdings vor allem, weil ich an Tage erinnern möchte, an die so mancher Kollege nur ungern erinnert werden möchte.

Zum Beispiel an den Abend des ersten Märzabends, als die deutsche Nationalmannschaft in Florenz gegen Italien spielte, 1:4 verlor und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihren Lesern mitteilte: „Deutschland schrumpft zum Fussballzweig“, sekundiert von *Bild*: „Ihr roten Flaschen – Klinsi, so saufen wir bei der WM ab.“ Und selbst die solche journalistischen Bocksprünge selten kopierende *Frankfurter Rundschau* meinte: „Klinsmann kann inzwischen niemanden mehr ernsthaft glauben machen wollen, Deutschland könne mit dieser Mannschaft Weltmeister werden.“

Unsere Zeitung schrieb am 21. April: „Leipzigs Neue wird vielleicht die einzige deutsche Zeitung sein, die sich an dem Streit: ‚Kahn oder Lehmann?‘ nicht beteiligt“ – und hätte sich an dem Abend feiern lassen dürfen, als Jens dem Oliver das Tor räumte und Klinsmann noch die Kapitänsschleife herausrückte.

Hier füge ich mal ein, dass in den Zeiten als die Reporter noch nicht schubweise „Experten“ beschäftigten – und damit kundtaten, dass sie selbst zu wenig Ahnung hätten – öfter Fussballspiele unter Journalisten stattfanden. Das war ein Gaudi, weil: Die „Klügsten“ schützten Knieschäden vor, die Schwergewichtigsten ärztliche Zurückhaltungsempfehlungen und wir, die wir uns auf dem Platz tummelten, freuten uns, dass da keine Zuschauer waren, die Augenzeugen der Ahnungslosigkeit derer waren, die den Spielern pausenlos gute Ratschläge widmeten.

Zurück zum ersten Märzabend in Florenz: Als die „Klinsmänner“ drei Wochen später gegen die USA in Dortmund 4:1 gewannen, klang erster verhaltener Jubel

auf, gegen Luxemburg (7:0) wieder eher Gelächter und gegen Japan – am 30. Mai in Leverkusen – als es „nur“ zu einem 2:2 reichte, wurden wieder die Heulbojen eingeschaltet.

Und jetzt? Rannte die Merkeln über ein Fußballfeld, um rechtzeitig gratulieren zu können, eskortiert vom strahlenden Bundespräsidenten. Was es zu bejubeln gab? Ein 0:2 gegen Italien. Und seit dem „Flaschen“-1:4 waren nur 126 Tage vergangen. Wenn's recht ist: Wir haben keine Fahnen geschwenkt, waren aber zuweilen beeindruckt von der Mannschaft, die Klinsmann vorbereitet hatte. Und – nebenbei – ob Dritter oder Vierter, unsere Meinung hätte das nicht auf den Kopf gestellt.

Nur: Klar muss sein – es war nicht Deutschland, das da

Sportkolumne

Sieger und Gedopte

spielte, sondern nur die Nationalmannschaft des Deutschen Fußballbundes. Der gratulieren wir. „Deutschland“ hat derzeit weniger Gratulationen verdient und ich weiß nicht, ob sich mal jemand an die Arbeit machen wird, aufzulisten, was Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung im Schatten der WM-Tage alles zuwegegebracht haben? Während die unten auf dem Rasen ihre Tore schossen, bemühte man sich „oben“ die „Verlusttreffer“ nicht zu zählen.

Punktum – Schluss mit diesem Thema!

Nun zur Tour de France. Die, die mit der ihr Geld verdienen – auch viel Geld, aber selbst die gut verdienenden Rennfahrer stehen im Schatten der Werbemanager – können sich darauf verlassen: Alljährlich wird gestaunt.

Da ich gerne auf lange ermüdende Debatten verzichte, schließe ich stattdessen Wetten ab. Diesmal wettete ich darauf, dass unter denen, die garantiert über kurz oder lang mit ihrem Standpunkt in der Öffentlichkeit auftauchen, ein Dr. Heinrich sein würde. Letzten Montagmorgen hatte ich gewonnen (20 Euro, aber immerhin). Ich habe nichts gegen Dr. Heinrich,

kann nur Gutes über ihn aussagen, aber eben auch jede Wette anbieten, dass er immer mit von der Partie ist, wenn es um die Frage geht, ob man die Tour auch ungedopt überstehen kann. Diesmal lief ihm ND-Korrespondent Mustroph über den Weg und es galt knifflige Fragen zu beantworten, die weil Heinrich der U-Mobile-Mannschaftsarzt ist und dessen Star Jan Ullrich bekanntlich wegen – unbewiesenen – Dopingverdachts gefeuert worden war. Mustrophs Fragen tangeren den untersten Logik-Pegel: „Kann man von außen erkennen, ob ein Sportler dopt?“ Heinrich „topte“ ihn: „Training ist ein vielschichtiger Prozess. Große Leistungssprünge sind natürlich verdächtig. Aber auch sie können natürlich durch konventionelles Training erreicht werden.“ Und damit war man im Grunde wieder beim Thema: Gibt es eine Tour ohne Doping? Schon vor hundert Jahren schüttelten Eingeweichte die Köpfe. Inzwischen hat sich die Pharmaindustrie radikal entwickelt. Und zwar nicht so sehr mit neuen Pillen als vor allem mit neuen Ideen. Als das Geräusch um Ullrich losbrach, hörte ich einen sagen: „Hat 'ne Unterdruckkammer für 100 000 Euro im Keller...“ Niemand stutzte.

Es war ein wichtiger Hinweis. 1968 fanden die Olympischen Spiele zum ersten Mal in 3000 m Höhe in Mexiko-Stadt statt. Alle wussten, dass dort die Luft dünner ist, der Athlet also mehr rote Blutkörperchen braucht, um nicht nach der ersten Runde schlappzumachen. Was taten die Athleten (natürlich war die DDR mit vornedran)? Sie trainierten in mexikanischer Höhe, und wenn sie einige Wochen hinter sich hatten und wieder in die heimliche Tiefe reisten, rannten sie dort alles über den Haufen – denn sie hatten fast doppelt so viel rote Blutkörperchen im Blut wie vorher. Die DDR zum Beispiel kam auf die Idee, an einem märkischen See eine Unterdruckkammer in der Erde zu versenken, die man durch eine Schleuse betrat und dann trainieren konnte, als wäre man in mexikanischer Höhe. Um meinen Laien-Lehrgang abzukürzen: Eines Tages kam die Pharmaindustrie und sagte: „Das liefern wir billiger“ und damit wurde Blut endgültig zum Dopingträger. Irgendjemand muss Ullrich auf die Idee gebracht haben, sich so eine Kammer in den Keller zu stellen, da wo andere eine Sauna haben. Und wer das macht, verzichtet logischerweise auf Pharma-Blutdoping.

Aber es bleiben ja noch fast zwei Wochen, um das Thema zu erörtern. Denn die Tour ist noch lange nicht zu Ende, es bleibt genug Zeit zu fragen: Hat er oder trank er nur Buttermilch? Rätseln Sie ruhig mit – die Ungewissheit bleibt.

Wladimir Gall bei Thälmann

Nach wie vor ist die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg-Eppendorf Treffpunkt fortschrittlicher Persönlichkeiten. Anfang Juli war Wladimir Gall aus Moskau Gast und Gesprächspartner und berichtete über den Großen Vaterländischen Krieg und seine Freundschaft zu Konrad Wolf.

Wladimir Gall hatte noch kurz vor dem faschistischen Überfall sein Deutsch-Diplom-Abschluss als Dolmetscher abgelegt. Wegen seiner Sprachkenntnisse wurde er, wie Konrad Wolf, an der Front für Lautsprecher-Einsätze eingesetzt.

„Der Hauptakzent war eigentlich“, so Gall, „dass wir den deutschen Soldaten den Sinn, das Wesen des Faschismus und des Krieges aufzeigten.“ Über seinen Freund Konrad Wolf weiß er: „Gerade Konni und seinesgleichen ließen uns fühlen, dass es auch ein anderes Deutschland und andere Deutsche gibt.“

Am 1. Mai 1945, fast ganz Berlin war schon in Händen der Rotarmisten, gab es nur noch einzelne Widerstandsnester, so auch die Zitadelle in Spandau, deren strategische Lage die nach Brandenburg ziehenden Teile der Roten Armee gefährdete. Somit musste sie eingenommen werden. Dem Oberkommando der 47. Armee war bekannt, dass außer der militärischen Besatzung hunderte Frauen, Kinder und ältere Menschen in die Zitadelle geflüchtet waren. Bei einem Sturmangriff wären sie unweigerlich mit getötet worden. Um den sinnlosen Tod vieler Menschen zu verhindern, wurden zwei Parlamentäre entsandt. Gall berichtet: „Obwohl alle wussten, dass diese Mission

so kurz vor Ende des Krieges fast einem Todesurteil gleichkam, war jeder aus der Truppe bereit, zusammen mit unserem Kommandeur, Major Grischin, die Aufgabe zu übernehmen. Die Wahl fiel wegen meiner guten Sprachkenntnisse auf mich. Ich war damals 26 Jahre alt, mein Dienstgrad war Hauptmann.“

Seitdem sind über 60 Jahre vergangen, doch niemals wird Wladimir Gall die Anspannung dieser Minuten vergessen. Der Hass der deutschen Offiziere, die sehr wohl verstanden hatten, daß ihre Sache verloren war, war unbeschreiblich. Ein Funken hätte gereicht, eine Explosion der Gewalt gegen die Parlamentäre auszulösen.

Die Spandauer Geschichte hat Konrad Wolf – der selbst in den 70ern die Hamburger Thälmann-Gedenkstätte besucht hatte – in „Ich war neunzehn“ verfilmt. Gall selbst schrieb ein Buch über seinen Lebensweg.

Innensenator schiebt Afghanen ab

Innenminister Udo Nagels aktuelle Ankündigung, auch afghanische Familien aus Hamburg abzuschicken, löste Empörung aus. 1200 Familien soll mit einem one-way-Ticket die „freiwillige Rückkehr“ in das Land am Hindukusch schmackhaft gemacht werden. Bei dem Wort „freiwillig“ ist bei Udo Nagel äußerste Vorsicht geboten. In einer Pressekonferenz drohte er dann auch, wer nicht freiwillig gehe, werde „gegen seinen Willen zurückgeführt“.

Um die Aktion zu beschleunigen, sollen die rückkehrwilligen Afghanen neben den Flugtickets und einer

Starthilfe von 500 Euro pro Erwachsenen noch einmal 1000 Euro pro Person aus Hamburger Landesmitteln erhalten. Seine neue Abschiebungsoffensive begründet Nagel mit den vor gut einem Jahr von der Innenministerkonferenz beschlossenen „Rückführungsgrundsätzen“. So hatte im Mai 2005 die Hansestadt als erstes Bundesland damit begonnen, alleinstehende Männer nach Afghanistan abzuschicken – obwohl sich die Sicherheitslage im Land bis heute stets weiter verschlechterte. Der Innensenator jedenfalls wagte sich 2005 während eines Besuchs dort nur mit drei Bodyguards aus dem Haus.

Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ayan Özoguz stellt fest, dass Nagel sein ein Jahr altes Abschiebepapier zur Grundlage der neuen Abschiebungswelle nimmt.

Auch Antje Möller, Sprecherin der Grün-Alternativen-Liste hält dem Senator vor, dass er die aktuelle Situation in Afghanistan nicht bewerte. Er schicke Familien mit Kindern in ein Land zurück, in dem bei bürgerkriegsähnlichen Kämpfen täglich Dutzende von Toten zu betrauern sind.

Der Sprecher der Innenbehörde, Marco Haase, hält dagegen: Das seien alles nur Behauptungen, dass es täglich zu zivilen Bürgerkriegsopfern komme, dafür gäbe es keine Belege.

Hamburg hat inzwischen nicht nur Männer, sondern auch Ehepaare abgeschoben. Die Innenbehörde offerierte 439 Personen die freiwillige Rückkehr. Nur 91 nahmen das Angebot an. Weitere 66 Afghanen wurden zwangsweise abgeschoben und 161 wurden aufgrund des Asylschlüssels auf andere Bundesländer verteilt. Um ihrer Abschiebung zu entgehen, tauchten 121 Afghanen in die Illegalität ab.

• KARL-H. WALLOCH

Varvarin-NATO-Opfer geben nicht auf

Da es nun nach längerer Zeit der scheinbaren Ruhe wieder wesentliche Bewegung im Varvarin-Fall gibt, wollen wir Sie hiermit über den aktuellen Stand informieren.

Gegen das Urteil der zweiten Instanz – Abweisung wegen Unbegründetheit der Klage – wurde Revision zum Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt und fristgerecht die Revisionsbegründung zum III. Senat des BGH eingereicht. Unter Datum vom 18. Mai erwiderte der Prozessvertreter der Regierung, Prof. Dr. Krämer, mit 18-seitigem Schriftsatz auf die Klagebegründung. Termin der mündlichen Verhandlung ist der 19. Oktober 2006, 10 Uhr, Saal N 004 am Sitz des BGH in Karlsruhe, Herrenstraße 45a.

Der Projektrat wird sich bemühen, dass Vertreter der Kläger an der Verhandlung teilnehmen können.

Rechtlich Interessierten stellen wir gerne Kopien sowohl der Revisionsbegründung als auch der Revisionserwidern (Papierkopien) zu. Bitte bei uns per Telefon (030 - 65 94 29 08) oder per Mail anfordern.

Wir hoffen, zur mündlichen Verhandlung möglichst viele der Unterstützer im Gerichtssaal zu treffen.

Für den Projektrat
HARALD KAMPFFMEYER

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

WIR HATTEN UNS GESCHWOREN, die oder das Weite zu suchen, wenn der Texas-Doppeljuh nach Stralsund einfliegen würde, waren allerdings kurz zuvor noch mal dort vorbeigewandert, weil wir herausfinden wollten, was den wohl bewogen haben könnte, dort hin zu reisen. Nur eine Einladung von Ängschie konnte es nach unserer Meinung nicht gewesen sein. Und tatsächlich fanden wir auch triftige Motive: Kaum eine Stadt hat so viel Kriege geführt, wie Stralsund. Davon schien der moderne Kriegsgott gehört zu haben und wollte sich mal ein wenig umsehen. Vermutlich wird ihm auch jemand erzählt haben, dass der Schwedenkönig die Stadt 1648 ins Schwedenland eingegliedert hatte und das immerhin gleich für 167 Jahre. 1990 soll es ja einige dort gegeben haben, die den Beitritt Stralsunds zu Schweden gefordert hatten. Das waren die, die die schwedische Sozialgesetzgebung kannten und auch schon gehört hatten, welche politischen Projekte auf Neufünfland zukamen. Nach dem Begrüßungsgeld. Es heisst, die Schweden wollten kein Begrüßungsgeld zahlen und daran sei die „Heimkehr“ Stralsunds gescheitert.

Blanke Wahrheit aber ist, das die Mitarbeiter der Regionalen Wasser- und Abwassergesellschaft mehr als zehn Tage zu tun hatten, die 800 Gullydeckel im Altstadtgebiet zuzuschweißen. Das sollte verhindern, so die öffentliche Verlautbarung, dass dort jemand auf die Idee

WM-Taumel ist Ablenkung von Sozialkahlschlag

Jahrzehntelang war das Zeigen deutscher Fahnen, nationaler Symbolik bei uns nicht so selbstverständlich wie in anderen Ländern. In den WM-Tagen sah das anders aus: Anlass ist aber nicht eine politische Erhebung, eine demokratische Umwälzung – auch wenn einige Fahnenbegeisterte öffentlich über 1848 schwadronieren. Anlass ist ein sportliches Großereignis.

Im Sport aber sollte Leistung zählen, besser noch: Spaß an der Sache – nicht Nationalität.

Wenige Erfindungen haben der Menschheit mehr geschadet als die Erfindung der Nation, daher sollte man bei der Verwendung nationaler Symbole zumindest Vorsicht walten lassen.

Ich unterstütze die Aktion der Jungen Linken aber noch aus einem ganz anderen Grund: Es ist gut, dass daran erin-

tert wird, dass der kollektive patriotische Glückstaumel erfolgreich von den sozialen Missständen im Lande ablenkt: von „Wir sind Papst“ über „Du bist Deutschland“ zum schwarzrotgoldenen WM-Spektakel – das ist „Brot und Spiele“ bei immer dünner werdenden Brotscheiben für die Mehrheit der Bevölkerung. Anstatt sich vorrangig mit dem Abseits vermeintlicher Torschützen zu beschäftigen, sollten sich die Menschen dagegen wehren, von Politik und Wirtschaft ins Abseits gestellt zu werden.

Kurt Tucholsky schrieb: „Wir pfeifen auf die Fahnen – aber wir lieben dieses Land.“ In diesem Sinne: jeder und jedem Spaß am Fußball! Jedem Menschen ein Recht auf Heimat inklusive Liebe zu derselben! Aber bitte ohne nationale Tümelei.“

ELKE ALTMANN, MDL, FREIBERG

Ist das schon alles?

Es ist ja nicht das erste Mal, das es Egewaltig knistert im Dachstuhl des linken Häuschens innerhalb der maroden demokratischen Scheinfassade. Zu oft, wurden offensichtliche personelle Fehlentscheidungen und Fehlbesetzungen an die Oberfläche gespült, die öffentliche Kritik der gegenwärtigen Politik in den Vordergrund geschoben und die Linken so zu einem zahnlosen Tiger werden lassen. Es gibt keine Ideen, wie man sinnvolle politische Forderungen stellt, keine Ideen wie man erfolgreich in einen mörderischen Verwaltungsapparat einbricht, keine Ideen wie man letztendlich Arbeitslosen wirklich helfen könnte.

Wenn man auf der linken Seite meint, ihre Ideen lassen sich erst verwirklichen, wenn es die politische Machtdominanz der anderen Parteien nicht mehr gibt, könnte es auch sein, dass die Linke schon vorher abgewählt wird, wegen Erfolglosigkeit. Zudem, der mehr als unangenehme Gedanke und Eindruck, die materielle Sicherstellung der linken Volksvertreter

lässt sie nicht nur materiell abheben, sondern auch geistig in das Reich der Träume abgleiten, tragen zu einer Unwählbarkeit bei.

Schon bei den Begriffen hapert es gewaltig. Ist die DDR für die Landtagsabgeordnete Lay schon ein Unrechtsstaat, obwohl der Begriff in einer weit größeren Graduierung bereits durch die Nazidiktatur besetzt ist, wissen viele nicht zu trennen zwischen Patriotismus, Nationalismus.

Andere Begriffe, wie Staatsbürgerschaft, die in amtlichen Formularen noch immer mit der Nationalität gleich gesetzt wird, obwohl beide Begriffe so gut wie gar nichts miteinander zu tun haben.

In deren Folge, findet man zwar die Fahnenaktion unpassend, aber durchaus verzeihlich. Kein Wort darüber, dass eigentlich der Text der Nationalhymne angegriffen gehört, der seit deutsche Soldaten mordend durch die Welt zogen, sich nicht geändert hat.

JOCHEN SINGER, per Mail

Texas-Besuch und Kaiserschmarr'n

käme, einen Gullydeckel anzuheben. Selbst, wenn er nur hätte nachsehen wollen, ob Doppeljuh schon eingetroffen war, das war nicht zulässig. Und hinterher durften die Deckel wieder aufgeschweisst werden. Und dann trafen wir auch viele, bei denen Polizeibeamte an der Tür geklingelt und sie um ein persönliches Gespräch gebeten hatten. Nein, ums Wetter sei es nicht gegangen, die politische Haltung hätte die Beamten interessiert. Das war neu in der Stralsunder Geschichte.

Und dann entdeckte ich, was ihn wirklich nach Stralsund gelockt hatte: Schon im 16. Jahrhundert hatte die Stadt die Bevölkerung in sieben Vermögensgruppen eingeteilt. Die Oberste zählte 0,5 Prozent und die siebente 45,7 Prozent – das waren die Besitzlosen. Er wollte sich erzählen lassen, wie sie das damals ohne Probleme geschafft hatten.

Noch ein Geheimnis unter dem Gullydeckel: Bis wir weiterzogen, hatte keiner herausgefunden, welche Anti-Bush-Rolle das Musical „Hair“ spielt, das an dem Abend in der Steinbeckervorstadt Premiere haben sollte, an dem der Präsident landen wollte. Wo doch jeder weiß, dass es die Geschichte junger New Yorker ist, die ein Einberufungsbefehl zur Army auf die Barrikaden treibt. Meine Kumpels meinten, dass sie es schon noch herausfinden würden.

IN BAD DOBERAN interessiert der Doppeljuh herzlich wenig, dafür die Aufspürung jenes Stadtangestellten, der im Garten des ehemaligen Amtshauses eine

Deutschland ein – Sumpfland

bei der Trockenlegung
bevölkerungsfeindlicher Profitgier
Regierung arbeitsscheu
bei der Bekämpfung von Arbeitsscheuen
fleißig
mo-rastloser Sumpf

als wären Arbeitsscheue ein Hauptübel
das Hauptübel Minidiktatoren der Wirtschaft
lassen Arbeitsplätze Menschenwürde
in ihrem Bereicherungssumpf
versinken

ihre Arbeit ist keine
Sozialverbrechen gilt nicht als Arbeit

Binsenweisheit: Deutschland Scheindemokratie
Scheindemokratie Staatsform ungleichen Maßes
die da unten gemäßregelt
die da oben verschont

JÜRGEN RIEDEL, BERLIN

Lasst die Jugend

Zum sogenannten „Flaggenstreit“: Was kann einer in der Tat überalterten Partei besseres passieren, als die unkonventionellen, provozierenden und herausfordernden Ideen der Jugend? Gerade diese verdienen es, geachtet und gepflegt zu werden, mit ihrer Urwüchsigkeit und Unbekümmertheit, die uns „alten Erfahrenen“ schon längst verloren gegangen sind. Lasst doch der Jugend ihre Erfahrungen sammeln – sie werden selbst lernen und dabei wachsen. Traurig ist nur, dass sich ein ganzer Landesvorstand von einer „Volkspartei“-Fraktion zwingen lässt, den Medien zusätzliches „Futter“ zur gegenwärtig großangelegten Volksablenkungskampagne von den wirklichen Themen: von der Verschärfung Hartz IV, Gesundheits-, „reform“, Lohnkämpfen, Steuer- „reform“ etc. etc. zu liefern.

PETRA WEIßFUß, LEIPZIG

Deutsches Tollhaus

Die Siege der deutschen Kicker-Patrioten versetzten das Land in einen schwarz-rot-goldenen Rausch, der durch Medien und Politiker noch angeheizt wird. Wenn selbst Arbeitslosengeld II-Empfänger den Fußball-Millionären zjubeln, Behinderte im Rollstuhl mit Deutschlandfahnen durch Kliniken kurven, Frauen im Rentenalter mit nationalfarbenem Schmuck herumtollen, dann wirft das ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Geisteszustand der Gesellschaft. Wer rettet Deutschland vom nationalen Größenwahn?

G. RÖSKA, LEIPZIG

Freilandfeige umgesägt hatte. Eine Spezialistin aus Rostock soll die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen haben, als sie davon hörte, dass der unersetzliche Baum

verschwunden sei. Der Geschäftsführer der der Schandtät dringend verdächtigen Wohnungs- und Investitionsgesellschaft, versicherte, man habe nur Kastanien, Fichten und Ahorn umgesägt, aber keine Feigen. Und dann fügte das Herzchen noch hinzu: „Wenn, dann unwissentlich.“ Früher galt da die Regel: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht.

EINIGE UNVERBESSERLICHE aus unserem Kreis wollten ums Verrecken zu den „Kaisertagen“ nach Heringsdorf. Seit die kaiserunfreundliche DDR abgeschafft worden ist, hatte man sich daran gewöhnt, die Freiheit zu nutzen und immer mal wieder den Kaiser hochleben zu lassen.

Was sich indes dies Jahr dort abspielte, war ein echter Kaiserschmarr'n und höchstens auch ein Beweis dafür, dass mit Ex-DDR-Bürgern auf die Dauer keine Kaiser-Operas aufzuführen sind. In der *Ostsee-Zeitung* maulte ein Henry Böhm aus Heringsdorf: „Die Kaisertage sind diesmal zum billigen Rummel verkümmert. Gäste, die deswegen die Insel besuchten, fanden nichts, was an das einstige kaiserliche Flair erinnerte.“ Dafür konnten sich die Gäste mit einer anzeigenreichen Zeitung „Kaiserbote“ vergnügen.

Wir trollten uns und fanden, dass die Zeit ein wenig aus den Fugen geraten sei: Beim Doppeljuh mussten die Gullys verschweisst werden. Der Kaiser gastierte nur auf dem Rummelplatz.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

NEUERSCHEINUNGEN 2006



1945 - Wege in die Zukunft. Regionales – Nationales – Internationales. Hrsg. Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006. 171 S. ISBN 3-89819-211-3. Kostenbeitrag: 10 Euro, Mitglieder 7 Euro. Mit Beiträgen von Günter Benser, Jürgen Hofmann, Karl-Heinz Gräbe, Daniela Schmohl, Günter Eckardt, Lothar Wendler und Erich Mehlhorn



Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft. Texte der V. Rosa-Luxemburg-Konferenz. Hrsg. Hans-Gert Gräbe. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2005. ISBN 3-89819-224-5. 229 S. Texte zur politischen Bildung H. 34. Kostenbeitrag: 11,50 Euro, Mitglieder 8 Euro.

Mit Beiträgen von Hans-Gert Gräbe, Hubert Laitko, Stefan Merten/Stefan Meretz, Petra Pau, MdB, Karsten Weber, Jörg F. Wittenberger, Werner Wittenberger und Annette Schlemm. Abstracts weiterer Vorträge von Stefan Matteikat, Nadine Müller, Prof. Dr.-Ing. Reinhold Krampitz, Martin Dornis, Juliane Nagel und Gregor Henker.



Nietzsche und die Linke. Hrsg. von Hans-Martin Gerlach und Volker Caysa. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2006. ISBN 3-89819-228-8. 203 S. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 19. Kostenbeitrag: 11,50 Euro, Mitglieder 8 Euro

Mit Beiträgen von Hans-Martin Gerlach, Hans-Christoph Rauh, Klaus Schuhmann, Willi Beitz, Manfred Laueremann, Antonia Opitz, Volker Caysa, Friedrich Tomberg, Udo Tietz und Klaus-Dieter Eichler.

BESTELLUNGEN ERBETEN AN:
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig
Telefon: 0341- 9608531 Fax: 0341- 2125877. RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Weitere Informationen zu unseren lieferbaren Veröffentlichungen unter www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Aktive Senioren

27. 7., 9.30 Uhr: *Wandern von Knautkleeberg nach Großschocher.* Treffpunkt: Endstelle Linie 3
26. 7., 14 Uhr, Sport- und Begegnungsstätte Döllingstr. 31: *II. Literarisches Sommerfest beim ASL,*

Hier könnte Ihre Kleinanzeige stehen.

Der Preis für eine private Kleinanzeige dieser Größe beträgt bei uns nur 10 Euro

Erlebniscamp für Kinder und Jugendliche

Der Ferienland e. V. bietet für Kinder und Jugendliche (7–17 Jahre) erlebnisreiche Ferien in Tschechien. Die Unterkunft erfolgt in einer Bungalow-Siedlung bei Decin zu folgenden Terminen: 23. 7. bis 5. 8. und 5. 8. bis 18. 8. Der Preis beträgt 230 Euro; eine teilweise Förderung über das Jugendamt ist möglich.. Weitere Informationen und Anmeldung: 0341-3038283 oder www.ferienland-sachsen.de



ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Filmnacht

im Liebknecht-Haus, Leipzig, Braustr. 15
22. 7., 20 Uhr: *Richy Guitar.* Der Ärzte-Kultfilm

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52
15. und 16. 7., 16 Uhr: *Prinz KleinWeißnicht.* Kindertheaterprojekt – ab 7 Jahre

Politische Zeitreise

18. Juli, Buddehaus, Leipzig, Lützowstr. 19

17–18 Uhr: Bürgersprechstunde der Stadträte Pawlitzky und Denecke (Linkspartei.PDS)

19 Uhr: Fotograf Steffen Hippe zeigt Fotos vom Werksgelände des ehemaligen VEB VTA von 2003

20 Uhr: Historiker Stefan Gööck zeigt restaurierte historische Filme der Firmen Bleichert und VTA, u. a. von der Montage des Scherbelberg-Aussichtsturmes im Rosental durch die Firma IMO.

Anschließend Diskussionsforum

Unsere Genossin

Erika Hoffmann

feiert am 18. Juli ihren

75. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Erika, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

Unser Genosse

Günter Schwarzbach

wird am 18. Juli

75 Jahre.

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, lieber Günter, alles erdenklich Gute, vor allem so viel Gesundheit wie möglich

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Löbnig II

Kinder- und Gartenfest

im KGV Prießnitz-Morgenröte, Prießnitzstr. 1, am **29. Juli**

Es ist ein attraktives Programm mit vielen Spielen speziell für Kinder vorbereitet – u. a. Eisstockschießen, Basteln, Entenangeln, Tombola u. v. m.

Hole Ihre alten PKW-Felgen (auch mit Reifen) kostenlos ab.

Tel.: 0178-5880588 oder 034292-43311

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber: FSD PhR Friedrich Roßner Fachapotheker für Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



Ich bin bei LN die einzige Zeitungsentente

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ein himmlischer Wink

Der seit 150 Jahren im Himmel der Dichter und Denker schwebende Friedrich Rückert – auch bekannt als Freimund Reinmar – kreiste kürzlich über unserem langen Redaktionstisch, als die Gedanken ums Deutschtum kreisten. Er ließ einen seiner berühmten Zettel fallen. Für LN-Leser übertragen wir gern die darauf entdeckten Hieroglyphen ins ARIALE

Neulich deutshten auf Deutsch vier deutsche Deutschlinge deutschend, Sich überdeutschend am Deutsch, welcher der Deutscheste sei.

Vier deutschnamig benannt:

Deutsch, Deutscherig, Deutscherling, Deutschdich, Selbst so hatten zu deutsch sie sich die Namen gedeutsch.

Jetzt wetdeutschten sie, deutschend in grammatikalischer Deutschheit, Deutscheren Komparativ, deutschesten Superlativ.

„Ich bin deutscher als deutsch.“

„Ich deutscherer.“

„Deutschester bin ich.“

„Ich bin der Deutschtereste, oder der Deutschestere.“

Darauf durch Komparativ und Superlativ fortdeutschend,

Deushten sie auf bis zum – Deutschesterestesten;

Bis sie vor komparativisch und superlativischer Deutschung

Den Positiv von Deutsch hatten vergessen zuletzt.;

Die WM wird es schon richten

Sich schön in die Kurven legen, sanft Gas geben und auf seinen vier Rädern wohlbehaust und vollklimatisiert dem trauten Heim zurollen – wöniglich. Dazu noch mdr-Kulturradio hören, das unerklärlicherweise nunmehr *Figaro* heißt. Besser jedenfalls als *Anstoß* oder *Elfmeter*. Wobei, es ist ja noch nicht aller Tage Abend.

Vorerst jedenfalls umhüllt mich, obwohl hohe WM-Zeit ist, noch kein Oleoleole-Gebrülle, aber auch keine Klaviersonate, nicht einmal ein schwermütiger Blues, sondern die Stimme der Chefin des Deutschen Modeinstituts. Sie setzt kluge Worte über die Mode, die in Frankreich nicht nur selbstverständlicher Teil des Lebens, sondern gelebte Kunst sei. Den Deutschen fehle solche Leichtigkeit, solche Souveränität, solche Kultur. Bestenfalls könnten sie hie und da die Franzosen nachahmen, aber eben diesen selbstbewussten Stil nicht

selbst kreieren.

Dann holte die Dame Luft und erklärte hoffnungsfroh: Sie sei gewiss, die Fußball-WM werde da fürderhin gewiss positiv nachwirken.

Solche Gedankenkühnheit kann sich verheerend auf einen unvorbereiteten Kraftfahrer auswirken. Die meint doch nicht etwa, dass wir nun alle mit schwarzrotgoldenen Federbos oder ebenso national gefärbtem Irokesenschopf herumlaufen?

Nein, kann eigentlich nicht sein. Sie sprach doch von Kultur.

In tiefem Nachdenken über die Segnungen der Fußball-WM



IHRE
MILIANE MAUS

Der Mörder und sein cleverer Anwalt

Folgende Information gehörte natürlich auf unsere Bücherseite, aber allerhand, so ernst sie ist, so hanebüchen ist sie – halt echt marktwirtschaftlich:

Ein Mann beging einen brutalen Mord. In Berlin-Tiergarten erschoss er vor sieben Jahren einen Menschen mit einer Pumpgun auf offener Straße. Jetzt sitzt der Täter lebenslänglich im Gefängnis.

In seinem Buch *Einladung zum Mord. Authentische Kriminalfälle*, soeben erschienen im Leipziger Militzke Verlag (14,90 Euro), beschreibt der ehemalige Berliner Kriminalhauptkommissar Bernd Udo Schwenzfeier diesen Fall und andere Kriminalfälle. Obwohl in der üblichen Form anonymisiert, wittern der Mörder und sein Anwalt nun ein Geschäft. Gegenüber dem Militzke Verlag und

den Händlern drohen sie mit Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen.

Verleger Reiner Militzke: „Auf die Forderungen des Täters gehen wir natürlich nicht ein! Unsere Anwälte prüfen stattdessen, ob wir wegen geschäftsschädigender Handlungen Schadensersatz verlangen.“

Da seien dem Verlag, der seit Jahren im Programmsegment der authentischen Kriminalfälle national marktführend ist, alle Daumen gedrückt. Denn wie haben wir inzwischen erfahren und nachhaltig lernen müssen: Recht haben und Recht bekommen, das sind zwei paar Schuhe. Gar nicht zu reden in diesem mörderischen Umfeld von einer anderen Weisheit, die besagt, dass immer der Recht hat, der den Griff des Dolches in der Hand hält. • MX

Aus Leipzigs Vogelwelt: Gezwitscher bei Bach

Freudig überrascht waren am Abend des 3. Juli 2006 die Besucher des Konzerts am Bachdenkmal durch nicht angekündigte Darbietungen zahlreicher Sänger, die ohne Noten auf Dächern und Bäumen Platz gefunden hatten. Offenbar angeregt vom Gewandhausbläserquintett steuerten die Sänger mit Zwitschern und Jubilieren eigene Töne in die meisterhaft dargebotenen Kompositionen bei. Der Abend zeigte, dass Kammermusik nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern auch an frischer Luft – jetzt open air – Genuss bereitet.

Das zusätzliche Vergnügen durch Beiträge aus der Vogelwelt ist nur hier möglich.

Die Montagskonzerte am Bachdenkmal laufen noch, wie man dem Programmheftchen entnehmen kann, bis Juli und August 2006 – und das mit internationaler Beteiligung.

Für die Teilnahme von gefiederten Sängern liegen keine Anmeldungen vor. Sie ist deshalb nicht sicher, aber immerhin wahrscheinlich. Darauf freut sich ...

• DETLEF DOHLE

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Auch in der BRD wird der Kostenfaktor Mensch minimiert, bis er von seinem Lohn nicht mehr leben kann. 10 Prozent aller Akademiker sind bereits Niedriglohnempfänger. Wenn wir so weitermachen, ist das Brüderpaar Arbeit und Würde tot.

Mit den als Souvenirs verkauften Bruchstücken der Berliner Mauer könnte man sie jetzt mehrmals wieder aufbauen.

beides 3sat 29. 6.

In Belgrad hat sich ein kleiner privater Kultursender etabliert. Er sendet in allen Sprachen des ehemaligen Jugoslawien. Er will dazu beitragen, die kulturellen Grenzen, die nach dem Zerfall des Staates entstanden sind, zu überwinden.

2004 haben in der BRD 8,4 Prozent der Schüler nicht den Abschluss der allgemeinbildenden Schulen und 23 Prozent der Schüler nicht den Abschluss der Berufsschulen geschafft.

beides DLF 26. 6.

Die Deutsche Welle in Bonn will ihr Weißrusslandfenster weiter öffnen.

DLF 29. 6.

(Welch schöne Umschreibung der

Propaganda gegen die weißrussische Regierung)

ALG II: Kinderwagen gibt's nur als Darlehen.

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat ... entschieden, dass ein Kinderwagen auch bei Geburt eines Kindes nicht zur Erstaussstattung der Wohnung gehört ... da ein Kinderwagen nicht in der Wohnung, sondern außerhalb genutzt werde. Damit gebe es auch keine Grundlage dafür einen Anspruch auf Einmalbeihilfen.

LVZ 30.6./1.7.

Der größte Teil des frischen Räucherfisches, der in Warnemünde verkauft wird, stammt nicht von Ostseefischen. Die Fische kommen von weit her. Nach der Wende wurden die Fangquoten für die Ostsee neu verteilt: 70 Prozent für Schleswig-Holstein, 30 Prozent für Mecklenburg-Vorpommern.

N3 3.7.

Seit dem 1.1. 2006 gibt es eine EU-Schlachtordnung für Schnecken.

WDR 3. 7.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

... wenn alle Menschen Musik lernten, wäre das nicht ein Mittel, sie in Einklang zu bringen und der Welt den ewigen Frieden zu sichern?

MOLIÈRE

Der Musiker hat es leichter als der Dichter, der Hirn und Nerven gleichmäßig beansprucht. Das Ohr ist ein williges Organ, durch das Ohr lässt sich der Kopf am leichtesten betrügen.

OSSIETZKY



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

11. Juli

Die nächste Ausgabe erscheint am 28. Juli

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40